

# Landtagsbeilage zur Sächsischen Staatszeitung

Nr. 3.

zu Nr. 292 des Hauptblattes.

1922.

Beauftragt mit der Herausgabe: Regierungsrat Brause in Dresden.

## Landtagsverhandlungen.

(Fortsetzung der Sitzung vom 12. Dezember.)

**Präsident:** Es sind hier zwei Anträge eingegangen, zunächst ein Antrag,

der Landtag wolle beschließen,

1. in § 1 nach dem zweiten Absätze folgenden neuen Absatz einzufügen:

Die Aufwandsentschädigung wird nur für volle acht Monate, November bis Juni, gewährt. Für Sitzungstage während der Ferien werden Tagegelder in Höhe von  $\frac{1}{2}$  der monatlichen Aufwandsentschädigung gewährt.

2. den § 7 der Regierungsvorlage wiederherzustellen. gez.: Böttmann, Rammelsberg usw.

Dann ein Minderheitsantrag zu Drucksache Nr. 45, betr. das Gesetz über die Aufwandsentschädigung,

der Landtag wolle beschließen,

die §§ 4 und 7 unverändert nach der Vorlage anzunehmen. gez.: Ellrodt, Schneller.

**Abg. Rammelsberg (Dtschnat.):** Wir wollen für die Tätigkeit der Abgeordneten keine Gehalte, sondern Aufwandsentschädigungen. Wenn das Gesetz so durchgeführt wird, wie es der Herr Berichterstatter vorgeschlagen hat, so kommt die ganze Regelung einer gehaltlichen Regelung gleich. Das ist der Würde und Arbeit eines Abgeordneten nicht entsprechend. Er arbeitet zum Wohle des Vaterlandes und nicht für Gehalt. Wir bitten Sie daher, den ersten Teil des Antrages, daß wir in den acht Monaten, in denen wir die Haupt-sitzungen haben, eine Entschädigung bekommen, anzunehmen. Dann haben wir in dem zweiten Teil des Antrages darum gebeten, den § 7 wieder herzustellen. Wir können es nicht verstehen, wie mit einem Male eine Sinnesänderung in den Kreisen eingetreten ist, die bei der ersten Gehaltsfestsetzung der Minister jedenfalls auf dem Standpunkt standen, daß die Tagegelder und Diäten für diese Monate nicht gezahlt werden. Bei einer derartig hohen Festsetzung der Gehälter der Minister ist es nicht berechtigt, ihnen auch noch Tagegelder zu zahlen für Sitzungen, wo sie zum Teil Regierungsgeschäfte im Landtage vornehmen müssen.

**Abg. Köllig (Dtsch. Sp.):** M. D. u. S.! Im Namen der Deutschen Volkspartei habe ich zu erklären, daß wir der automatischen Angleichung der Diäten an die Diäten der Reichstagsabgeordneten zustimmen, aber wir sind wie schon früher der Meinung, daß die Diäten bei uns im sächsischen Landtage nur für die Zeit ausgezahlt werden sollen, in der wir tatsächlich Tagungsperiode haben. Wir werden ferner für die Wiederherstellung des § 7 eintreten, also gegen den Antrag Nr. 6 der Vorlage Nr. 45 stimmen.

**Abg. Dr. Dehne (Dem.):** Dem Antrag, die Diäten auf acht Monate zu beschränken, vermögen wir nicht zuzustimmen, weil wir die Meinung nicht teilen können, daß die letzten Jahre uns gelehrt hätten, daß sich die Sitzungsperiode auf acht Monate zusammenschieben würde. Das Gegenteil haben wir sehen müssen. Und wenn wir heute gehört haben, was die Regierung glaubt, in der nächsten Zeit mit diesem Landtag erleben zu müssen, so müssen wir ruhig zugeben, daß von einer achtmonatigen Arbeitszeit keine Rede sein kann.

Für uns ist die Frage, die in § 7 behandelt wird, ob die Ministerabgeordneten Aufwandsentschädigung zu bekommen haben oder nicht, eine grundsätzliche Frage. Für die Zuteilung der Diäten ist maßgebend und entscheidend nur eine Tatsache, die Abgeordneter-eigenschaft des Beireffenden. Liegt diese vor, dann hat er Aufwandsentschädigung zu beanspruchen. Für die Beurteilung anderer Fragen, nämlich ob der Beireffende arm ist oder reich, ob er fleißig ist oder nicht, ob er viel zu tun hat oder wenig, ob er sich sein Mandat angelegen sein läßt oder nicht, ob er Beamter ist oder nicht, oder ob er Minister ist oder nicht, für die Beurteilung dieser Fragen ist kein Raum. Deswegen werden wir für Streichung des § 7 stimmen.

Nach dem Schlußwort des Berichterstatters werden in der Abstimmung die Anträge Böttmann und Ellrodt abgelehnt, die Ziff. 4 des Ausschußantrages gegen 10, die Ziff. 6 gegen 39 Stimmen und die übrigen Ziffern einstimmig angenommen.

(Schluß der Sitzung 3 Uhr 10 Minuten.)

## 4. Sitzung.

Donnerstag, den 14. Dezember 1922, nachmittags 1 Uhr 27 Minuten.

**Präsident Winkler** eröffnet die Sitzung 1 Uhr 27 Minuten nachmittags.

Am Regierungstisch: Ministerpräsident Buch, die Minister Lipinski, Heldt, Fellsch, Ritzau und Dr. Zeigler, die Ministerialdirektoren Michel, Dr. Lempe, Dr. Schulze, Dr. v. Hübel und 21 weitere Regierungsvertreter.

**Präsident:** An Stelle des verstorbenen Abgeordneten Ostwin Schmidt (Dtschnat.) ist neu in den Landtag ein-

getreten Herr Abg. Walter Grelmann (Zurufe bei den Kom.)

Punkt 1 der Tagesordnung: Wahl von Mitgliedern

- für den Beirat der Sächsischen Staatsbank,
- in die Ausschüsse zur Verwaltung der Gebäude- und der Mobiliarversicherung der Landes-Brandversicherungsanstalt,
- für die Beiräte bei den kaufmännisch verwalteten Unternehmungen des Staates und für den Landes-elektrizitätsrat,
- in den Ausschuss zur Verwaltung des Ausgleichs-fonds,
- in den volkswirtschaftlichen Ausschuss für die Land-wirtschaftsbetriebe des Wirtschaftsministeriums,
- für den Aufsichtsrat der Landesfiedlungs-gesellschaft „Sächsisches Heim“.

**Abg. Schneller (Kom.):** Im Ältesten-Rat ist bezüglich der Zusammensetzung der Ausschüsse im allgemeinen die Meinung vertreten und demgemäß verfahren worden, daß in Beiräten, die von wirtschaftlicher Bedeutung sind, die Arbeiterpartei unbedingt die Mehrheit haben muß.

Bei einigen sehr wichtigen Ausschüssen, dem Beirat der Sächsischen Staatsbank und dem Landes-elektrizitätsrat ist man von diesem Vorhaben abgekommen und hat den bürgerlichen Parteien zwei Sitze zugebilligt. Diese Meinung können wir keineswegs teilen. Wir müssen schon verlangen, daß in diesen Beiräten, wenn man schon nicht bloß Arbeitervertreter hineinsenden will, doch zum mindesten eine Mehrheit geschaffen wird durch Vertretung der Arbeiterpartei. Wir schlagen deshalb vor, daß in den Beirat der Sächsischen Staatsbank von den Linksparteien die Abgg. Pudor und Böttcher gewählt werden und daß der 3. Sitz den Bürgerlichen überlassen bleibt.

**Abg. Wirth (Soz.):** Wir haben bei diesen Ausschüssen weniger Wert darauf gelegt, daß die Parteien gleichmäßig vertreten sind, sondern daß auch wirklich Leute in den Ausschuss kommen, die von den Dingen etwas verstehen. (Lebhaftes Sehr richtig! rechts.) Hier handelt es sich um eine Sache, wo wir Leute hineinwählen wollen, die wirklich das ganze Bankwesen kennen und infolgedessen dort auch nützlich wirken können. Ich möchte Sie bitten, dem Vorschlage des Ältestenrates zuzustimmen.

**Präsident:** Ich werde zunächst über den Vorschlag der kommunistischen Fraktion abstimmen lassen, in den Staatsbankbeirat Herrn Abg. Böttcher, in den Landes-elektrizitätsrat Herrn Abg. Schneller zu wählen.

Der Vorschlag Schneller wird hierauf abgelehnt. (Abg. Renner: Einheitsfront!)

In den Beirat der Sächsischen Staatsbank werden die Abgg. Hofmann, Anders und Pudor gegen 7 Stimmen, in den Ausschuss zur Verwaltung der Gebäudeversicherung der Landes-Brandversicherungsanstalt die Abgg. Gantner (Pulsnitz), Dennhardt, Gantner (Blauen), Rood, Dr. Edardt, Lieberach und als Stellvertreter die Abgg. Drescher, Leithold, Schnitz, Dr. Riethammer, Pudor und Berg einstimmig, in den Ausschuss zur Verwaltung der Mobiliarversicherung der Landes-Brandversicherungsanstalt die Abgg. Rebrig, Wedel, Reinel-Tammenberg und Jäger und als Stellvertreter die Abgg. Hagen, Wirth, Bed und Bauer gewählt.

Für die Beiräte bei den kaufmännisch verwalteten Unternehmungen des Staates werden für die Braunkohlenwerke die Abgg. Dennhardt, Strube und Dr. Edardt, für die Steinkohlenwerke die Abgg. Langhorst, Müller (Chemnitz) und Lippe, für die Porzellanmanufaktur die Abgg. Wölner, Zippel und Wörner, für die Blaufarbenwerke die Abgg. Sachse und Mitschke, für die Kalkwerke die Abgg. Granz und Bauer, für die Hüttenwerke mit Mägen die Abgg. Schurig, Bethge und Bänger gewählt.

Für den Landes-elektrizitätsrat werden die Abgg. Hofmann, Dr. Schneider und Wirth gegen 7 Stimmen, für den Ausschuss zur Verwaltung des Ausgleichs-fonds die Abgg. Graupe, Rebrig und Blüher, als Stellvertreter die Abgg. Kühn, Hofmann und Dr. Dehne, für den volkswirtschaftlichen Ausschuss der Landwirtschaftsbetriebe die Abgg. Schembor, Müller (Leipzig), Claus und Pagenstecher, für den Aufsichtsrat der Landes-fiedlungs-gesellschaft „Sächsisches Heim“ die Abgg. Dr. Sachs und Schembor, Frau Böttmann und Fraulein Dr. Hertwig, als Stellvertreter die Abgg. Rood, Müller (Chemnitz), Frau Böttner und Abg. Rammelsberg gewählt.

Punkt 2 der Tagesordnung: Erste Beratung über die Vorlage Nr. 1, die vom Gesamtministerium in der Zeit zwischen der Auflösung des vorigen und dem Zusammentritt des neuen Landtags erlassenen Not-verordnungen betreffend.

Die Notverordnungen unter Anlage 1 und Anlage 8 der Vorlage 1 werden ohne Debatte dem Haus-haltsauschuss A und die übrigen Anlagen dem Rechts-ausschuss überwiesen.

Punkt 3 der Tagesordnung: Aussprache über die Regierungserklärung.

**Abg. Wirth (Soz.):** M. D. u. S. von der rechten Seite dieses Hauses! Als Sie heute vor einem Viertel-jahre, am 14. September, den Landtag mit Hilfe der äußersten Linken auflösten, verzeichnet das Stenogramm: Bravo, Handklatzchen auf der rechten Seite und auf den Tribünen. Sie befanden sich damals also in einer sehr freudigen Stimmung und gingen mit der sicheren Hoffnung in den Wahlkampf hinein, daß nach den Wahlen in dieses Haus eine bürgerliche Majorität ein-ziehen würde. Man muß Ihnen wirklich ohne weiteres zugestehen, daß Sie auf Seiten der bürgerlichen Par-teien sich die größte Mühe in diesem Wahlkampfe ge-gaben haben. Wenn man die Flugblätter und Zeitun-gen der bürgerlichen Parteien nachgelesen hat, so muß man schon sagen, daß an Verdrehungen, Entstellungen, Unwahrheiten und Berkeumbungen (Sehr richtig links! — Widerspruch rechts.) gegen die Sozialdemokratische Partei die bürgerliche Presse nichts zu wünschen übrig gelassen hat. Nichts haben Sie veräußert. Selbst die Kirche wurde von den Herren Pastoren zum Wahllokal ausgerufen. (Sehr richtig links.)

Wenn man beispielsweise in den Wahlflugblättern ge-schrieben hat, „Beamte, die frei in ihrer politischen Überzeugung, treue Diener an Volk und Staat sind“, m. S., dann muß einem das ein Lächeln abzingeln, und das muß noch dazu einem Menschen passieren, wie mir, dem ein Generaldirektor v. Kirchbach sagte, als ich entlassen wurde: „Wir vermuten, daß Sie sozialistischen Anschauungen huldigen.“ Deshalb schmiß man mich hinaus, wie viele, viele andere (Zuruf rechts: So wie jetzt!), nur, weil man vermutete, daß ich sozialistischen Anschauungen huldigte, und noch dazu, wie man mir ausdrücklich versicherte, obgleich ich mich sonst dienstlich musterhaft geführt habe, aber ich wurde drei Tage vor Weihnachten entlassen, und da bringen Sie den Mut auf, etwas Berattiges in einem Flugblatt zu schreiben. Ja, m. S., ich weiß schon, Sie rechnen auf die Dummheit der Menschen und auf ihre Vergesslichkeit. Sie von der Rechten stehen in Ihrem moralischen Niveau oft weit tiefer als die Arbeiter. Auch die Herren Demokraten konnten es sich nicht versagen. (Weiterheit rechts.) Sie wollten bei dem großen Rennen dabei sein. Nachdem sie das bereits bei dem Volks-begehren nachgeholt hatten, haben sie sich auch im Wahlkampfe in dieser Weise betätigt. Jedenfalls hat Ihnen die Auflösung des alten Landtags nichts genügt, im Gegenteil! (Zuruf rechts: Abwarten!) Sie haben dabei verloren, und es ist etwas anderes eingetreten, als was Sie wollten. (Lachen rechts und Zuruf: Das kommt schon noch!) Sie haben aber die Arbeiten des Landtages gestört und haben erreicht, daß eine ganze Reihe wichtiger Vorlagen nicht verabschiedet werden konnte und haben den Staat um eine ganze Anzahl von Millionen gebracht, die wir hätten besser anwenden können. (Lebhaftes Sehr richtig! links.) Hoffentlich ziehen Sie aus den letzten Wahlen in Sachsen auch die nötige Konsequenz. Es ist in Sachsen kein Boden für eine bürgerliche Majorität vor-handen. Lassen Sie sich das ein für allemal gesagt sein. Eine Partei, wie die Sozialdemokratie, die nun schon in mehreren Wahlgängen von rechts und links in der schmutzigsten Weise bekämpft worden ist, (Sehr gut! links.) eine solche Partei, die dennoch als Sieger aus dem Wahlkampfe hervorgeht, hat ein festes Funda-ment und Sie werden eine solche Partei niemals be-zwingen, weder von rechts, noch von links. Die Wahr-heit wird sich immer wieder Bahn brechen. (Sehr richtig! rechts.)

Mit der Regierungserklärung sind wir einverstanden. Wir wünschen, daß die Regierung das Ziel, das sie sich gesteckt hat, mit aller Kraft und Energie durch-zuführen versucht, unbekümmert darum, ob man von rechts behauptet, es gehe zu weit, oder von links, es gehe nicht weit genug. Darauf hat eine Regierung keine Rück-sicht zu nehmen. (Hört, hört! rechts.) Sie hat das Ziel, das sie sich gesteckt hat, zu verfolgen im Interesse des Sozialismus, denn es ist eine sozialistische Regierung, und wir werden sie dabei unterstützen nach allen unseren Kräften. Wir haben vor allen Dingen ein großes Interesse daran, daß die Gemeindeordnung, die durch die Auflösung des Landtags zurückgestellt werden mußte (Zuruf rechts: Gott sei Dank!), so schnell wie möglich von der Regierung eingebracht wird, damit sie hier beraten und endlich verabschiedet werden kann. Es ist notwendig, daß unsere Gemeinden endlich wieder einmal eine feste Grundlage bekommen, daß sie sich frei-freilich betätigen können, als das nach der alten Ge-meindeordnung der Fall ist.

Ein weiteres sehr wichtiges Gebiet ist die Woh-nungsfrage. Das heutige Wohnungsseind, welches wir durchleben, muß bekämpft werden mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen.

Die heutigen Verhältnisse in der Volksernährung entwickeln sich immer mehr und mehr dazu, daß die arbeitende Bevölkerung, auch alle Beamten, alle kleinen Handwerker und alle, die heute nicht mehr in der Lage sind (Zuruf rechts.), sich genügend zu verdienen, um ein menschenwürdiges Dasein zu führen, nicht mehr in der Lage sind, sich die nötige Nahrung zu beschaffen, die sie für ihre tägliche Arbeit zum Ersatz ihrer Kräfte benötigen. Weiter müssen wir in Betracht ziehen, daß heute die Preise für Nahrungsmittel in einer Weise steigen, daß es nicht mehr möglich ist, selbst unseren Kindern die Milch zu ihrer Ernährung zu beschaffen. Das wird sich einmal später, in der nächsten Generation sehr schwer rächen. Wir glauben, daß es möglich wäre, auf diesem Gebiete noch manches zu tun. Was

nähen denn alle Gehalts- und Lohnerhöhungen, wenn sie am nächsten Tage schon weit überholt werden durch die Preissteigerungen? Und, meine Herren von den Landwirten, hier möchte ich die Bitte an Sie richten, auf diesem Gebiete alles zu tun, was notwendig ist, und ich glaube, Sie können noch manches tun. Ich gehöre nicht zu denjenigen, die Feinde der Landwirtschaft sind, ich selbst bin in der Landwirtschaft aufgewachsen und bin später noch fünf Jahre in der Landwirtschaft praktisch tätig gewesen und weiß etwas von den Dingen. Auch der Landwirt soll in seiner harten Arbeit den Lohn bekommen, den er verdient. Aber wir müssen es auf das Schärfste verurteilen, wenn der Landwirt in einer Zeit, wie wir sie durchleben, mit seinen Nahrungsmitteln Wucher treibt. (Zuruf rechts: Schwindel!)

**Präsident** (unterbrechend): Gestatten Sie einmal. Wer hat das Wort gerufen? (Abg. Pagenstecher: Ich habe das Wort gerufen.) Dann rufe ich Sie zur Ordnung, Herr Abgeordneter Pagenstecher. (Lebhafter Beifall links.)

**Abg. Wirth** (fortfahrend): Mir liegt es fern, mit dem, was ich zuletzt sagte, die gesamte Landwirtschaft zu treffen; aber Sie werden mir zusehen müssen, daß heute Preise von den Landwirten gefordert werden, die mit den Herstellungskosten nicht zu vereinbaren sind. (Widerspruch rechts.) Wenn ich an die Zeit zurückdenke, wo ich in der Landwirtschaft tätig war, da mußte der Landwirt sich jahraus jahrein in harter Arbeit quälen, und wenn das Jahr herum war, hatte er nichts; ein großer Teil der Landwirte hatte mehr Schulden, als sie im Jahre Geld zu sehen bekamen. Und wenn Sie heute in diese Gebiete hinausgehen, dann sehen Sie, wie alle Gebäude tadellos in Ordnung und wie die Hypotheken abgestoßen sind. Es ist notwendig, daß die sächsische Regierung, das Wirtschaftsministerium auf dem Wege weiter schreitet, die Produktion in der Landwirtschaft immer mehr in eigene Regie zu nehmen, um hier zu zeigen, daß auch wir in der Lage sind, praktische Landwirtschaft zu treiben. Der Gedanke der Gemeinwirtschaft muß immer mehr in das Volk hineingetragen werden. Wenn wir sozialisieren wollen, dann muß auch alle diejenigen, die in einem solchen sozialisierten Betriebe darintreten, sich bemühen, daß sie im Interesse der Allgemeinheit ihre Tätigkeit zu erfüllen haben, und dürfen nicht etwa glauben, wenn ein Betrieb ein Staatsbetrieb ist oder wenn er sozialisiert ist, daß jeder machen kann, was er will. Es muß eine volle Hingabe von jedem Beamten und Arbeiter erwartet werden.

Obwohl die Arbeitslosenfürsorge Reichssache ist, hat doch auch der Staat immerhin noch die Möglichkeit, hier mildernd einzugreifen, und das ist auch nach unserer Auffassung am allerleichtesten möglich mit Rotstandsarbeiten. Es ist wohl die allergrößte Anzahl der Arbeiter, die ungenutzten hingehen, sich ihre Arbeitslosenunterstützung zu holen, die sich viel lieber ihren Arbeitslohn holen würden, wenn dem Bewußtsein, daß sie für diesen Lohn praktische Arbeit geleistet haben. (Zuruf rechts.) Wir möchten wünschen, daß die sächsische Regierung hier Vorkehrungen trifft, um Rotstandsarbeiten zu schaffen, um die Arbeitslosigkeit auch für diesen Winter, soweit es in ihren Kräften steht, zu lindern. Bei dieser Gelegenheit möchte ich ein Wort sagen zu unseren Klein- und Sozialrentnern. Das ist wohl eins der betäubendsten Kapitel. Ist es nicht geradezu eine Schande und empörend, wenn wir sehen, daß es auf der einen Seite Tausende und aber Tausende von Menschen gibt, die bei ihren Rentenbezügen verhungern müssen, und auf der anderen Seite sehen wir Menschen, Schieber, Praffer, die an einem Abend mehr verpassen und verdienen, als ein solcher armer Teufel das ganze Jahr an Rente bekommt? Sind das nicht Zustände, die zum Himmel schreien? (Sehr richtig! rechts.) Sie sagen: Sehr richtig! Bitte, wir sind bereit, diesen Dingen mit auf die Spur zu gehen, aber! Heben denn jene Kreise Ihnen nicht näher als uns? (Zurufe rechts.) Gehen Sie nur einmal in diese Schieberlokale und sehen Sie sich einmal diese Herren und Damen an, ob sie aus den Kreisen der Arbeiter stammen. (Zuruf rechts.) Was an uns liegt, wir sind bereit, die Regierung zu unterstützen, wenn sie in der Lage ist, hier einzugreifen und jenem Praffer- und Schiebertum das Geld auf eine Art und Weise abzunehmen, um es für jene armen bemitleidenswerten Menschen zu verwenden. Die gesamte Wohlfahrtspflege muß ausgebaut und auf eine andere Grundlage gestellt werden. Die Wohlfahrtspflege umfaßt heute ein viel größeres Gebiet und umfaßt auch zahlenmäßig viel mehr Menschen. Die Selbstentwertung hat nicht nur Tausende, sondern Zehntausende hingeworfen in das Proletariat, in die Armut. Und dieser Prozeß geht weiter, er ist noch nicht zum Stillstand gekommen. Denken Sie nur an die kleinen Geschäftsleute, die jetzt schon nicht mehr in der Lage sind, das Betriebskapital aufzubringen. (Zuruf rechts.) Das scheinen Sie nicht zu wissen. (Zuruf rechts: Wodurch denn?) Durch die Konzentration des Kapitals. (Zurufe und Lärm rechts.)

Unsere Ortskrankenkassen und sonstigen großen Krankenkassen, die früher eine gute finanzielle Grundlage hatten, sind heute nicht mehr in der Lage, allen Anforderungen zu entsprechen, und da wird es notwendig sein, daß in Deutschland die Sozialversicherung auf eine viel breitere Grundlage gestellt wird. Es müßte Aufgabe der Gesetzgebung sein, dahin zu wirken, daß jeder mit der Steuer einen Betrag für diese Sozialversicherung gäbe, der dann auf das Reich weitergeleitet würde.

Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die Gewerbeaufsicht mehr ausgebaut werden muß, daß dort Leute hineinkommen aus dem praktischen Produktionsprozeß, Leute, die jahrelang im Prozeß selbst dringestanden haben, die all das kennen, wie es sich im Produktionsprozeß abspielt. (Zuruf: Und Parteigenossen sind!) Das war zu Ihrer Zeit so, als Sie das Heft in der Hand hatten, da konnte in Sachsen ein Sozialdemokrat nicht einmal Nachtwächter werden. Aber wir wollen

Ihnen doch einmal die sogenannte Futtertruppenwirtschaft, wie Sie sie so schön genannt haben im Wahlkampf, vor Augen führen. Es sind z. B. ernannt worden: 19 Beamte zu Ministerialräten, darunter 3 Sozialdemokraten, (Zuruf bei den Soz.: Leider nur 3.) 26 Amtshauptleute, darunter 5 Sozialdemokraten; (Zuruf bei den Soz.: Viel zu wenig!) 45 Oberregierungsräte, darunter 1 Sozialdemokrat; 96 Regierungsräte, darunter 2 Sozialdemokraten. In der mittleren Beamtenstaffel und in der inneren Verwaltung sind befördert worden: 177 Beamte der 8. Befoldungsgruppe, darunter 9 Sozialdemokraten, 65 Beamte nach Gruppe 9, darunter 3 Sozialdemokraten, und 16 nach Gruppe 10, darunter 2 Sozialdemokraten. Also, so sieht diese Futtertruppenwirtschaft aus. Sie wollen wohl, daß wir jeden Beamten, der sich zur Sozialdemokratie bekennt hat, totschlagen? Das werden wir nicht tun, sondern wir freuen uns, wenn recht viel Beamte Sozialdemokraten werden und wir werden uns die größte Mühe geben, recht viel Beamte zu tüchtigen und brauchbaren Sozialdemokraten zu erziehen, weil wir glauben, daß das im Interesse des gesamten Volkes liegt.

Das größte Gewicht legen wir natürlich auf die Vollendung und Bervollständigung des Schulbedarfs-gesetzes. Die Schule ist nach unserer Auffassung der wichtigste und höchste Faktor des Volkes, aber nicht, wie früher, eine Klassenschule, wo nicht die Begabung des Schülers, sondern die wirtschaftliche Stellung der Eltern maßgebend war, sondern wir verlangen eine Schule, wo nur die Begabung ausschlaggebend ist. Es ist notwendig, daß wir auf diesem Gebiete alles tun, um die besten Kräfte aus dem Volke herauszuziehen und damit unser Volk geistig höher zu bringen. Wir stellen uns deshalb durchaus nicht auf den Standpunkt, daß wir in Sachsen lauter Professoren züchten wollen. Aber wir wollen die Tüchtigsten herausheben und jeden an seinen Platz stellen. Es ist auch notwendig, daß wir die Fortbildungsschulen weiter ausbauen. Ich muß ohne weiteres anerkennen, daß wir immerhin schon ein großes Stück auf diesem Gebiete vorwärts gekommen sind. Aber das darf nicht hindern, immer weiter auf dieser Bahn zu schreiten. Wir begrüßen weiter die Trennung der Kirche vom Staat und hoffen, daß die Regierung hier alles daran setzen wird, daß diese Fragen recht bald erledigt werden. Es liegt im Interesse beider Teile, des Staates und der Kirche, daß endlich einmal reine Wirtschaft gemacht wird. Sie haben uns ja in diesem Wahlkampf genau so, wie vor 30, 40 Jahren immer wieder vorgemorscht: die Sozialdemokratie will dem Volke die Religion aus dem Herzen reißen. Ach nein! Wir denken gar nicht daran. (Zuruf rechts.) Das können wir auch gar nicht. Aber wir wollen nicht, wie bisher, daß Sie jedem Staatsbürger eine abgekempelte Religion aufzwingen. (Zuruf rechts: Das wollen wir auch gar nicht!) Jeder soll frei glauben können, was er will. Das soll seine Meinung sein. Wir würden das durchaus verurteilen, wenn jemand hindern würde, auf seine Fassung selig zu werden. (Zuruf rechts.)

Die Justizverwaltung muß reformiert werden, denn sie ist gerade das Gebiet, das noch sehr nach dem alten System eingestuft ist. Wir wissen wohl, daß das sächsische Justizministerium sich große Mühe gegeben hat, das, was gesetzmäßig nicht zu regeln war, auf dem Gnadenwege zu regeln, und deswegen wird ja auch das Justizministerium von Ihrer Seite angefeindet. Wir haben in diesen Dingen eine andere Auffassung. Wir wünschen, daß die Beamten unbehindert freie Meinungsäußerung haben (Aha! rechts.); in jeder Beziehung, was gibt's da zu ähnen. Darunter verstehen wir aber nicht, daß die Beamten in ihrer dienstlichen Tätigkeit die Regierung, die Minister in der schärfsten Weise bekämpfen und beschimpfen dürfen. Wenn das geschieht, dann verlangen wir, daß da energisch zugegriffen wird. Die Beamten müssen sich aber auch endlich hineinfinden in die Verhältnisse, in denen wir leben, und sich daran gewöhnen, daß wir in einem republikanischen und nicht in einem monarchischen Staate leben. Diejenigen, die sich nicht damit abfinden können, mögen die Arbeit einstellen und die Konsequenzen ziehen, wir werden ja auch darüber mit der Zeit hinwegkommen.

Wir verlangen vor allen Dingen von der sächsischen Regierung, daß sie ihre ganze Macht in dem sozialistischen Sinne auswirkt läßt; wir werden sie dabei unterstützen, und dann wird die sächsische Regierung auch das sächsische Volk in seiner Mehrheit hinter sich haben. (Bravo! links.)

**Abg. Dr. Kaiser** (Dtsch. Sp.): Politisch, und zwar nicht nur im Sinne einer bürgerlichen Politik, sondern im Sinne einer allgemeinen Politik genommen, ist die Regierungserklärung doch eine ziemlich Enttäuschung gewesen. Der Herr Ministerpräsident hat an die Spitze seiner Ausführungen den Satz gestellt, daß es nicht darauf ankomme, jeden Wunsch und jede Anregung zu erfüllen, denn das könne ja nicht geschehen. Aber wenn man die Regierungserklärung einmal durchsieht, dann wird man doch eigentlich finden, daß sie nichts weiter ist als eine Zusammenstellung von Versprechungen auf Erfüllung einseitiger Parteiwünsche. (Sehr richtig! bei der Dtsch. Sp.) Diese Zusammenstellung, der man ja auch deutlich die einzelnen Ministerien ansieht, aus denen sie hervorgegangen ist, ist eben eine reine Zusammenstellung, und man kann auch hierbei sagen, daß man die Teile wohl in der Hand hat, aber daß das geistige Band doch dabei fehlt. (Zurufe links.) Ich will Ihnen sagen, worin ich das geistige Band erblicke: das erblicke ich in dem Blick für unsere ganzen Zustände und dem Blick für die Not der Allgemeinheit, nicht nur für die Not einzelner Parteien und einzelner Berufsstände. (Sehr richtig! bei der Dtsch. Sp.) Das haben wir in dieser Regierungserklärung allerdings sehr stark vermisst. (Sehr richtig!) Wenn eine Regierung wie die unsrige neu in die Politik hineintritt, so sollte man doch denken, daß sie ihren Blick einmal auf die großen allgemeinen Wände unserer äußeren Politik richten würde. (Sehr richtig! bei der Dtsch. Sp.) Solange unsere Regierung nicht auch in Sachsen das Bedürfnis und die Pflicht in sich fühlt, auf die Massen in dem Sinne einzuwirken, daß wir endlich einmal über die Schulfrage und über die

Wirkung des Vertrages von Versailles einer Meinung sind im ganzen Volke, so lange verkennt sie meines Erachtens auch die große politische Aufgabe, die ihr als sächsische Staatsregierung zugeteilt ist. (Sehr richtig! bei der Dtsch. Sp.) Dann haben wir doch auch die Empfindung gehabt, daß die Regierung, wenn sie so ganz vergessen hat, auf die Reichspolitik mit einem Wort zuzukommen, doch vielleicht sich auch etwas geniert vor der Seite, auf deren Unterstützung sie vielleicht doch in sehr vielen Dingen angewiesen sein wird. Die „Rote Fahne“ macht ja noch in ihrer letzten Nummer der Sozialdemokratischen Partei den Vorwurf, daß sie dem Kabinett Euno so vollständig nachläßt. (Zuruf bei den Soz.: Das ist ja ein Bißblatt!) Und dann hätten wir auch ganz gern gesehen, wenn in dieser Regierungserklärung ein Wort über die Reichstreue gestanden hätte, nämlich darüber, daß die sächsische Regierung bereit ist, dem Reiche die Unterstützung in dem Sinne zu gewähren, daß die Reichseinheit unter allen Umständen aufrechterhalten wird. (Sehr richtig! bei der Dtsch. Sp.) Das ist jetzt schwieriger als je, denken Sie an die Abtrennungsbestrebungen, an die schlimmen Dinge, die uns da bevorstehen. In der Regierungserklärung habe ich auch vollständig vermisst, daß sie unserer inneren Not, und zwar der allgemeinen Not im Inneren überhaupt nicht gerecht geworden ist. Daraus leite ich allerdings die Befürchtung her, daß unsere Regierung den Blick für die Not der Allgemeinheit, des ganzen Volkes ohne Unterschied der Partei, ohne Unterschied der Berufsstände und der Beschäftigung nicht in dem Maße hat, wie eine Regierung diesen Blick haben sollte. (Sehr richtig! bei der Dtsch. Sp.) und daß sie immer noch geneigt ist, unter dem Volke immer nur dasjenige Volk zu verstehen, das gerade ihrer Parteirichtung angehört. (Sehr richtig! rechts. — Abg. Renke: Das wirklich Not leidet!) In den früheren Regierungserklärungen fanden sich wenigstens noch wohlwollende Erwähnungen einzelner Dinge, es ist ja auch nicht viel geschehen, aber da wurden die Kleinrentner und alle diese Leute doch noch erwähnt, da wurde die Unterstützung der freien Berufe versprochen, es wurde auch von dem Wesentlichsten gesprochen, was jetzt unsere ganze Volkswirtschaft unterstützt, von der Industrie. (Zuruf links: Und es ist nichts gemacht worden!)

Die Unterlassungen der Regierung geben mir die Gewißheit, daß wir eine wirkliche politische Führung auch in diesem Landtag und in dieser Regierungsperiode kaum zu erwarten haben werden, daß wir kein tragfähiges Programm von der Regierung zu erwarten haben. Die Regierung wird wahrheitlich so fortwirtschaften, wie das bisher in den letzten zwei Jahren geschehen ist. Die Politik der Regierung ist durch die letzten Wahlen nicht gerechtfertigt worden. (Zuruf links: Was denn sonst?) Das sehen Sie schon daran, daß die Regierung, die die frühere Politik geführt hat, auch jetzt durch diese Wahlen wieder durchaus in der Minderheit geblieben ist. Was haben Sie in dem Wahlkampf alles gegen die Kommunisten gesagt! Das waren beinahe so schreckliche Kerle, wie wir von der rechten Seite. Trotzdem sind Sie nicht in der Lage gewesen, mit dieser Politik, die Sie angeblich in den letzten zwei Jahren geführt haben, wirklich die Mehrheit auf sich zu vereinen. (Zuruf links: Aber Sie haben sie!) Nein, wir haben sie leider nicht. (Abg. Renke: Warum lösen Sie denn auf?) Wenn wir die Mehrheit hätten, würde es vielleicht anders sein. (Lachen links. — Zuruf bei den Soz.: Dann würden die Rotleibenden nichts als Worte hören!) Daß Sie jetzt die Kommunisten gern mit zu sich rechnen wollen, um die Mehrheit noch auf sich zu vereinen, das glaube ich gern. (Zuruf links: Wenn es gegen Sie geht, wird die Mehrheit immer da sein!) Das wollen wir auch einmal abwarten. (Lachen und Zurufe links.) In erster Linie haben Sie Ihren Wahlerfolg zu danken der außerordentlich strengen Organisation, die Sie bei den Wahlen ausgeübt haben. (Sehr richtig! rechts.) Von Ihnen hat kein Mensch fehlen dürfen bei den Wahlen; die Kontrolle ist eine so gute gewesen, daß sie nicht nur zur Kontrolle der Stimmabgabe, sondern auch zur Kontrolle dessen geführt hat, was der einzelne wählte. (Zurufe links.) Das andere ist, daß Sie sehr geschickt, auch schon vor den Wahlen, in der Bearbeitung der Beamten gewesen sind. Die Beamten haben zu einem beträchtlichen Teile gegenüber früher sich Ihnen angeschlossen. Das war kein Wunder. Nach den berühmten Stoßschlägen auf den Wagen, nach dem Auserbreit und der Peitsche, mit der regiert worden ist, konnte es nicht anders sein, als daß ein großer Teil der Beamten in der Erwartung, daß Sie wieder die Regierung bilden werden, Ihnen zugefallen ist. Jetzt wird dieses berühmte Geheiß zur Anebelung der Gesinnungsfreiheit der Beamten kommen. Die Beamten werden Ihnen dafür danken, daß sie nun dieses Geheiß von Ihnen bekommen können. (Zurufe links.)

Hr. Wirth hat vorhin gesagt, daß die Wucherer und Schieber auf unserer Seite sitzen. (Zurufe links: Selbstverständlich.) Das ist unwar. (Zuruf links: Das ist wahr.) Auf unserer Seite sitzen die Schlemmer und Schieber nicht. (Zuruf links: Sie möchten sie wohl abschütteln?) Auf unserer Seite sitzen die früheren Geschäftsleute, die noch den alten kaufmännischen Geist in sich haben, (Zuruf links: Wo sitzen die?) die noch positiv arbeiten und nicht so wie die Leute, die jetzt aus der Not der Zeit ein Geschäft machen.

Man hat aus dem Ausgang der Wahl eine Rechtfertigung der Regierungspolitik hergeleitet und eine furchtbare Niederlage der bürgerlichen Parteien. Ich glaube, man kann genau so umgekehrt sagen: es ist vielleicht das letztmalig gewesen, daß der Aufruf gegen die jetzige Führung der Politik zurückgewiesen worden ist. (Zuruf links: Er hängt schon wieder an mit Weissagen.) Nein, ich weis sage nicht. Aber in dieser Auffassung lasse ich mich auch durch die Drohungen und Vorwürfe nicht abschrecken, die uns von den Kommunisten gleich bei der Begrüßung in diesem Hause und auch heute wieder von Herrn Kollegen Wirth entgegengebracht worden sind. Da wurde gesagt, wir wollen dafür sorgen, daß Ihr nicht noch einmal ein

(Fortsetzung in der Beilage.)

Vollstbegehren macht, und Herr Kollege Wirth hat ausgeführt, was für ein Skandal es wäre, daß wir diese vielen Millionen Kosten verursacht hätten, die ohne Erfolg geblieben wären. Damit lassen wir uns nicht abschrecken. (Abg. Renke: Sie haben genug Geld!) Rein, wir haben das Geld nicht, Herr Kollege Renke, aber vielleicht kommen wir einmal mit unserer Kasse zu Ihnen, denn Sie sind ja jetzt die Großkapitalisten zu Ihnen durch Ihre Wahlbeiträge. Sie haben durch Ihre Propaganda, wenn man das einmal überblickt, das 4-, 5-, 6fache ausgegeben von dem, was wir überhaupt ausgeben konnten. Unsere Kreise haben kein Geld mehr. (Lachen links.) Ihre Kreise haben Geld! (Abg. Bethke: 15 Nummern der Sachsenstimme!)

Im Regierungsprogramm erscheint die Gemeinde-reform als eine der ersten Erfordernisse wieder auf dem Plan. Sie werden von uns nicht verlangen, daß wir mit den Worten des Herrn Abg. Wirth übereinstimmen, daß die Gemeinde-reform nötig ist, um unsere Gemeinden überhaupt wieder zum Blühen zu bringen. Davon kann keine Rede sein! Wir betrachten die Gemeinde-reform, wenn sie so kommt, wie sie das letzte Mal vorgeschlagen worden ist (Zuruf links: Mit Angst und Bange!), vielmehr als das Grab unserer Gemein-den. (Sehr richtig! rechts.) Was ist denn der Sinn dieser ganzen Gemeinde-ordnung? Es kommt Ihnen doch in erster Linie darauf an, nachdem Sie es im Staate ermöglicht haben, die ganze Verwaltung mit Ihren Parteileuten zu durchsetzen, nunmehr auch die Gemeinden in Ihrem Geiste zu infizieren, daß sie auch die Gemeinden in die Hand bekommen. (Abg. Frau Büttner: Herr Wirth hat doch die Statistik vorgelesen!) Also auch hier wieder das, was ich vorhin gesagt habe: nicht Berücksichtigung des Ganzen, sondern nur die Berücksichtigung der einzelnen Partei. Das sehen Sie bei der Ausschaltung des Bürgertums, wie sie bei dieser Gemeinde-reform geplant ist. (Lebhafte Zurufe. — Unruhe.) Daß Sie bei dieser geplanten Gemeinde-reform von unserer Seite nach wie vor den stärksten Widerstand zu erwarten haben, ist selbstverständlich. Wir werden gegen diese Gemeinde-reform so lange Widerstand leisten, als dies möglich ist. (Abg. Müller [Leipzig]: Das wird nicht mehr lange möglich sein!) Im Zusammenhang mit dieser Gemeinde-reform wurde uns auch eine Neuordnung der Verwaltungsbehörden angekündigt. Wenn das in dem Sinne geschähe, daß eine Vereinfachung des ganzen Verwaltungssystems vorgenommen werden sollte, mit der eine größere Sparsamkeit Hand in Hand ginge, dann wären wir allerdings die ersten, die mit Ihnen an einem Stränge zögen. Aber wir fürchten, daß diese Neuordnung der Verwaltungsbehörden doch nichts weiter sein wird, als ein Fortschreiten eben auf dem Wege, den Sie bisher eingeschlagen haben, nämlich, daß Sie auch parteipolitisch den ganzen Apparat in die Hände bekommen wollen. (Abg. Renke: Bestreugung der politischen Macht!) Wie sieht es denn jetzt mit der Erneuerung der Verwaltung? Ist ein Fortschritt zu verzeichnen gewesen im Abbau unseres Beamtenwesens, in der Sparsamkeit, in der Vereinfachung? Wenn Sie den Etat ansehen, dann werden Sie allein aus den enormen Überschreitungen, die überall zu finden sind, und die nicht bloß auf die weitere Entwertung des Geldes zurückgeführt werden können, sehen, daß von Vereinfachung nicht die Rede sein kann, sondern daß im Gegenteil eine ganz kolossale Komplizierung des ganzen Beamtenapparats gekommen ist. In dem neu-gegründeten Landesamt für Arbeitsvermittlung ist von einem Abbau der Behörden nichts zu merken, sondern im Gegenteil von einer sehr wesentlichen Erweiterung. (Abg. Renke: Da muß noch viel mehr geschehen!) In diesem Zentralamt sind die leitenden Stellen besetzt auch wieder rein nach parteipolitischen Gesichtspunkten. (Zuruf links: Genau wie früher! — Zuruf rechts: Ja, genau wie früher, aber nicht besser!) Wenn Sie sagen, genau wie früher, so möchte ich Sie daran erinnern, daß wir die ersten gewesen sind, die früher dauernd mit solchen Anregungen gekommen sind. Ich möchte Sie aber auch daran erinnern, wenn Sie sagen, genau wie früher, so wollen Sie doch damit zum Ausdruck bringen: früher war es unrecht! Dann handeln Sie aber auch nach dieser Erkenntnis! (Sehr gut! rechts. — Abg. Bethke: Das haben wir getan! Gefällt es Ihnen nicht?)

Die Regierungserklärung enthält weiter die Ankündigung der Neueinbringung des Gesetzes über die Pflichten von Beamten und Lehrern oder, wie wir es einmal in eine andere Sprache übersetzen wollen, zur Beseitigung der politischen Freiheit der Beamten. (Zuruf der Frau Abg. Büttner.) Im Reich kommt man bereits dazu, daß man den Abbau der Gesetze zum Schutze der Republik verlangt. In Sachen schreitet man auf dem Wege fort, indem man sie immer mehr verschärft. Glauben Sie nicht, daß Sie mit diesen Gesetzen die Republik befestigen. Mit diesen Gesetzen erregen Sie bestenfalls immer wieder einen starken Widerspruch gegen die republikanischen Einrichtungen. Sorgen Sie lieber dafür, daß sich alle in der Republik wohlfühlen können, (Sehr gut! rechts.) dann brauchen Sie beratige Gesetze überhaupt nicht. Das wird auch in Sachen geschehen, wenn Sie mehr Rücksicht nehmen auf die Hälfte des Volkes, die infolge der rein demo-kratischen Einrichtungen im Landtage nicht mehr zu Worte kommen kann. Es besteht tatsächlich in den Kreisen der Beamten schon ein tiefer Misstrauen darüber, daß sie nicht mehr in der Lage sind, ihre Meinung frei zu äußern, auch außerhalb des Amtes, und daß sie sich immer fürchten müssen, irgendwie ein offenes Wort zu sagen. Da wollen Sie noch dieses Gesetz bringen, das ihnen den letzten Rest der politischen Meinungsfreiheit nimmt. (Abg. Renke: Solche Übertreibungen!)

Etwas Weiteres, was die Regierungserklärung be-rührt hat, sind die Steuerfragen, vor allen Dingen das Verhältnis des Landes und der Gemeinden zum Reich. Wir stehen durchaus auf dem Standpunkte der Regie-rung, daß natürlich das Reich dafür sorgen muß, daß den Gemeinden und dem Staate der größte Teil der Steuern zufällt, denn die Länder sind nicht mehr in

der Lage, sich selbst ihre eigenen Steuern in genügen-dem Maße zu erhöhen. Es wird richtig sein, und das möchten wir vor allen Dingen betonen, daß die Ge-meinden dem Staate gegenüber wieder einen wesent-lichen Vorzug erhalten sollen, damit sie überhaupt in der Lage sind, ihre Aufgaben zu erfüllen. Das Land wird voraussichtlich wohl wieder die 75 Proz. von der Einkommens- und Körperschaftsteuer bekommen. Der Staat möchte den Gemeinden doch mindestens die Hälfte dieses Betrages zukommen lassen. Wir hätten es aber gern gesehen, wenn in der Regierungserklärung auch über gewisse steuerliche Ungerechtigkeiten gesprochen worden wäre, vor allem auch von Dingen, die im vorigen Landtage versäumt worden sind, z. B., daß die Gewerbesteuer von den Leuten genommen wird, die sie nicht mehr tragen können und daß auf der anderen Seite nicht große wirtschaftliche Organisationen davon verschont bleiben, die sie sehr gut tragen können. (Sehr richtig! rechts.) Nicht zum geringsten würde ich Wert darauf gelegt haben, daß die Regierung einen Hinweis darauf ge-geben hätte, wie sie sich die Vereinfachung der Finanz-verwaltung denkt. Wir können unserer sächsischen Regie-rung in dieser Beziehung natürlich nicht den gerin-gsten Vorwurf machen. Sie hat darauf keinen Ein-fluß gehabt. Das ist Reichssache. Aber wir wollen doch, trotzdem man uns die ganze Finanzhoheit ge-nommen hat, trotzdem man die Finanzverwaltung so kompliziert hat, anstatt sie zu vereinfachen, daß die Landesregierung darauf hinweist und darauf hindrängt, daß eine ganz wesentliche Vereinfachung in der Finanz-verwaltung eintritt. (Sehr richtig! rechts.) Das Pro-gramm, das die Regierung entwickelt hat, wird eine un-geheure Belastung des Staatshaushalts mit sich bringen. Da müssen wir auf der anderen Seite ganz wesentlich darauf sehen, daß die Tragfähigkeit der einzelnen Volks-kreise berücksichtigt wird, denn wir wollen uns darüber nicht täuschen, daß bei einem großen Teile unseres erwerbenden Standes, des Gewerbes und auch einem großen Teile unserer Industrie die Möglichkeit, über-haupt noch Steuern in größerem Umfange aufzubringen, bald aufhören wird, wenn nicht sehr bald ein Um-schwung in den Dingen eintritt. (Zuruf bei den Soz.: Die können bezahlen!) Besonders der wilde Handel, der tausendmal mehr verdient als jeder anderer ehrliche Berufsstand, muß stark erfasst werden, aber es wäre auch zu erwägen, ob man nicht einmal an die Ausländer herankommen könnte. Die Ausländerfrage ist bei uns viel zu wenig berücksichtigt worden. (Sehr richtig! rechts.) Ich gebe zu, daß es mit Rücksicht auf den Friedens-vertrag von Versailles außerordentlich schwer ist, hier zuzufassen. Aber soll man denn wirklich ruhig zusehen, wie wir hier ausgepowert werden durch die Ausländer? (Zuruf links: Indem Sie Häuser an die Ausländer verkaufen!) Ja nicht, ich habe leider keine. (Zuruf links: Aber Ihre Leute — wir haben keine!)

Es ist vorhin gesagt worden, daß die Bauern zum großen Teile schuld sind an den Bücherpreisen. Ich habe nicht den Beruf, diejenigen Bauern zu verteidigen, die tatsächlich in dieser Beziehung schuldig sind. Aber wenn gesagt worden ist, die Bauern möchten doch einmal mit gutem Beispiel vorangehen, so möchte ich sagen: alle sollten einmal auch den Bauern mit gutem Beispiele vorangehen. (Sehr richtig! rechts.) nämlich darin, daß man nicht immer alles abstellt auf das Ver-dienen, sondern auch einmal Rücksicht nimmt auf die anderen, insofern diese nicht diese hohen Verdienste er-zielen können. (Sehr richtig! rechts.) Es müßte hier einmal auch eine Führung kommen in dem Abbau der Preise. Führen heißt allerdings in diesem Zusammen-hang zum großen Teile: entlagen, also daß man selbst einmal dahin läme, daß man nicht nach dem Gewinn, nicht nach dem hohen Einkommen, nicht nach dem hohen Lohn und allen diesen Dingen ginge. (Abg. Frau Bütt-ner: Haben die Arbeiter hohes Einkommen?)

Daß die Regierung ein Berufsschulgesetz bringen will, findet durchaus unseren Beifall. Wir freuen uns, daß auf diesem Gebiete etwas getan werden soll. Wir würden nur wünschen, daß durch das Berufsschulgesetz die schon seit länger gewünschte Einheit des Berufs-schulwesens, die Unterstellung unter bestimmte Zentral-schulen geschaffen würde. Es ist auch sehr recht, wenn für landwirtschaftliche Schulen mehr getan wird. Daß das Einheitschulgesetz kommen soll, werden wir abwar-ten; wir werden sehen, was es uns bringt. Wir haben allerdings die Befürchtung, daß das Einheitschulgesetz auch mit dazu dienen wird, die höheren Schulen in ihrer Bedeutung noch etwas mehr zurückzudrängen, als es bisher schon der Fall gewesen ist. (Sehr richtig! rechts.) Daß in diesem Zusammenhange der Landes-schulbeitrag in die Tat umgesetzt werden soll, ist für uns erfreulich. Die Regierungserklärung bringt auch einige Sätze über unsere Hochschulen, über Universität und Technische Hochschule, und darin ist der Satz enthalten, daß das gemeinsame Interesse zwischen Hochschule und Staat gefördert werden möchte. (Sehr richtig! links.) Dieser Satz ist etwas dunkel, und deswegen ein klein bißchen verdächtig. (Abg. Frau Büttner: Aha!) Es scheint uns, daß damit vorbereitet werden soll, daß man in die Freiheit der Lehre doch etwas eingreifen beabsich-tigt, daß man dem Staate eine größere Möglichkeit in der Befragung der Lehrstühle einräumen will, als das bisher geschehen ist. (Hört, hört! rechts.) Jedenfalls möchten wir keine Unklarheit darüber lassen, daß wir uns einem Versuche, eine einseitige Parteiauffassung in unsere Wissenschaft hineinzubringen, mit allen gesetzlich zulässigen Mitteln entgegenstellen würden. (Sehr richtig! bei der Dsch. Sp.)

Daß Kirche und Staat getrennt werden sollen, wird die Kirche wahrscheinlich am allerfreudigsten begrüßen. Allerdings, ob gerade der sächsische Staat geeignet ist, vorbildlich in dieser Beziehung im Sinne der Kirche zu wirken, das erscheint mir etwas fraglich. Immer-hin aber wird es richtig sein, daß man in diese Dinge Klarheit bringt, schon um der auch von Herrn Wirth anerkannten Not der Geistlichen, der Kirchenbeamten und vor allen Dingen auch der Pensionäre aus diesen Kreisen ein Ende zu machen. Die Not in diesen Kreisen ist schlimmer, als Sie sich überhaupt vorstellen können.

Daß Sie bei der Ausgestaltung der Wohlfahrts-pflege auf unsere Unterstützung rechnen können, möchte ich ausdrücklich betonen. Allerdings wird auch hier zu erwarten sein, daß in der Anstellung der Sozialbeamten ein gewisses Maß gehalten werden muß, der Ausbau des Sozialbeamten-tums geht doch wohl nachgerade über unsere Kräfte. Daß darunter natürlich die Wohl-fahrtspflege nicht leiden soll, ist selbstverständlich, aber man soll nicht mehr besetzen, als wirklich erforderlich ist, und man soll auch in dieser Beziehung paritätisch ver-fahren. Auch da ist zu klagen, daß Leute, die von nicht gern gesehenen Schulen kommen, gegenüber anderen in den Hintergrund treten müssen. (Abg. Frau Büttner: Das ist glatt erlogen! Bringen Sie Beweise!)

Stellw. Präsident Dr. Ehardt: Frau Abgeordnete, Sie dürfen nicht sagen, daß etwas erlogen ist, was ein Abgeordneter sagt.

Abg. Dr. Kaiser (fortfahrend): Wir werden Ihnen damit noch dienen.

Ziemlich zuletzt hat die Regierungserklärung von der Amnestie gesprochen, und zwar in dem Sinne, daß eine allgemeine Amnestie nicht beabsichtigt ist. Nun sind wir die letzten, die sich gegen eine ausge-dehnte Begnadigung wenden, im Gegenteil, es mag davon Gebrauch gemacht werden, wo es nur irgend an Plage ist, aber wir möchten verlangen, daß die Begnadigungen auf alle Teile und alle Schichten aus-gedeht werden.

Zum Kapitel der Ministerbeleidigungen will ich den Ministern durchaus nicht etwa zumuten, daß sie sich von jedem Menschen beleidigen lassen sollen; aber ob man wirklich so weit gehen soll, daß man bei jeder Presseäußerung, die einem nicht behagt, wenn jemand das Wort etwas ausgerufen ist, sofort ein Strafver-fahren einleitet wegen Beleidigung der Minister oder auch der Ministerialdirektoren, scheint mir nicht der Wichtigkeit der Sache zu entsprechen. Man sollte er-warten, daß die Regierung mit der Stellung von Straf-anträgen gegen Andersdenkende, gegen Leute von rechts doch etwas vorsichtiger sein sollte. Ich habe das in diesem Zusammenhange gebracht, weil wir auf der einen Seite durchaus dafür sind, daß begnadigt wird in den geeigneten Fällen, aber auch verlangen möchten, daß nicht unnötigerweise Bestrafungen eintreten, die der Würde einer Regierung nicht in allen Fällen ent-sprechen.

Das Gesamtbild, das wir von der Regierun-gerklärung gehabt haben, ist, wie schon gesagt, das: es bleibt alles beim alten, es wird im wesentlichen keine Rücksicht genommen werden auf die 49 Proz. der Be-völkerung, die nicht durch die linke Seite des Hauses vertreten sind, man wird voraussichtlich die Politik treiben, die in den letzten zwei Jahren getrieben worden ist, man wird weniger auf die Allgemeinheit Rücksicht nehmen als auf die Wünsche und Forderungen, die das Parteiprogramm aufstellt. Ich möchte aber erklären, daß wir als Deutsche Volkspartei niemals versagt haben und auch nicht versagen werden bei positiver Mitarbeit. Wir werden, soweit Sie uns das möglich machen, stets auf der Seite derer zu finden sein, die positive Ergeb-nisse zu erzielen beabsichtigen. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Eberte (Dschmat.): Im Namen unserer Fraktion habe ich der neuen Regierung, um in der parlamentarischen Sprache zu sprechen, unser gesunde-stes Mißtrauen auszudrücken. In meiner persönlichen Sprache möchte ich sagen: ich habe Sorge, daß die Regierung uns weiter in der bisherigen Weise den Berg hinunterführt. Ich gebe ihr in bezug auf Regie-rungs- und Führerkraft die Zensur ungenügend, un-genügend in den Sitten nach der ethischen Seite und ungenügend in der Fähigkeit, Tatsachen und Wirk-lichkeiten zu erkennen. (Abg. Bethke: Und wir geben Ihnen die Zensur: Sehr schlecht!) Ich halte sie für wirklichkeitsblind, für einen blinden Führer, der mit den Gefährten in die Grube stürzt, wie es die heilige Schrift sagt. (Abg. Bethke: Und Sie sind der Blinde.) Ich sehe den Mangel an Führerkraft, die nötig ist, um in einer solchen Zeit, wie wir sie erleben, an der Spitze des Staates zu stehen, um in der Zeit der Not zu helfen und zu führen, schon darin, daß die neue Regierung wieder das Kunststück der alten gemacht hat und zum Spott auf den Geist der Demokratie an-gänglich wieder eine Regierung aufgebaut hat auf die Kommunisten, die bis heute ihre Erklärung, daß sie den Landtag als eine parlamentarische Trödelbude ansehen und alles tun, sie auseinanderzutreiben, noch nicht widerrufen haben.

Wir sehen eine ungenügende Fähigkeit zur Führung auch in der Erklärung, die die Regierung abgegeben hat. Es sind zwei Punkte, die mir der Erörterung bringend notwendig erscheinen. Wir müssen klar er-fennen, daß die Selbständigkeit des Landes, von der wir träumen, so lange eine hohle Phrase ist, als wir nicht irgend eine Steuergewalt haben, die ausreicht, damit wir eine eigene Bewegungsfreiheit und eigene Verantwortung haben. Es kann niemandem, der einigermaßen von wirtschaftlichen Dingen eine Ahnung hat, noch unklar sein, daß wir im Feuer der Revolution und des Umsturzes eine große Gelei gemacht haben mit dem neuen Steuersystem der Revolution, denn jedes Wirtschaften unter Hoffnung darauf, daß der andere aus seinem Geldbeutel etwas hergeben soll, ist nicht nur kurzfristiges, sondern leichtsinniges Wirtschaften. Die Steuergewalt muß verteilt werden zwischen Reich, Staat und Gemeinde nach dem Verhältnis der Auf-gaben, so daß die drei selbständigen Rechtssubjekte in bezug auf die Steuern, die sie erheben, das Ausmaß-recht und auch die Verantwortung für die Steuer zu tragen haben. Weiter hat unsere Regierung absolut nicht das Bedürfnis empfunden, von der Stellung als drittgrößter Bundesstaat einen Ton zu sagen, und hat sich nicht berufen gefühlt, dem Landtage zu erklären, welche Instruktionen unsere Stimmführer im Reich erhalten bei den hochpolitischen Fragen, die im Reichs-rate zur Entscheidung gestanden haben. Unsere Regie-rung muß begreifen, daß das Elend der Saluta ein Ende haben muß, daß wir zur Marktabstufung und

daß wir endlich aus der Lage der Währung herauskommen müssen. Alle diejenigen, die über Dollarspekulationen schimpfen, bestreiten nicht, daß die Schuld an dieser Erscheinung ausschließlich in der Schwäche unserer gesamten Regierung, unserer Reichsregierung liegt, die nichts anderes als Regierungskunst weiß, als täglich unsere geltende Münze zu entwerten. Deswegen liegt die Schuld an der Dollarspekulation bis zu einem gewissen Grade an der sogenannten Regierung, die diesem Schwindel kein Ende macht. (Zuruf bei den Dem.) Wer das Finanzelend des Volkes inauguriert hat, ist eine offene Frage. (Weiterkeit.) Ich will darauf hinweisen, daß am Ende des Krieges, das angeblich das Finanzelend inauguriert hat, die Mark bei 50 Pfennig stand. Nachdem die Revolution vier Jahre regiert hatte, steht die Mark auf einem Betrag, den man gar nicht mehr ausrechnen kann, so klein ist er; man rechnet vielleicht heute mit einem Tausendstel des früheren Wertes oder wie man gerade Lust hat. Das Salutaclend ist nicht bloß um deswillen eine Gefahr, weil es unsere ganze Wirtschaft auflöst, sondern auch deswegen, weil wir durch das Salutaclend unser Vermögen an die Ausländer verschicken. Aber viel schlimmer ist es, daß wir unter dem Vorwand der Entwertung unserer Mark das Wuchergebäude im Lande haben groß werden lassen. Ich streite mit niemandem darüber, ob es richtig ist, daß das Finanzministerium bei der Polyanktion den Dollarpreis nimmt, aber, solange das geschieht und die Staatsgüter, die Wustergüter, die Weispielsgüter nicht ihre Butter billiger verkaufen als andere Leute, ist es doch eine kurzfristige Schwäche — Sie würden vielleicht sagen, eine Heuchelei — wenn man solange anderen Leuten vorwirft, daß sie Wucher trieben, wenn sie das Nämliche tun was der Staat unter der Führung des Volksparlamentes, unter der Führung sozialistischer Minister vornimmt. Nach der anderen Seite ist unerbittliche Verwertung angestrebt worden durch die Aktivität der sozialistischen Parteien in der Verfolgung der Kleinrenten, die sich gestraubt haben, ihre Ware zu entwertetem Gelde abzugeben, die sie für vollwertiges Geld gekauft haben. Das ist der große Streit um den Beschaffungs- und Wiederbeschaffungspreis, und unsere Regierung, die vorhin bedauert hat, daß die armen Kleinrenten ihr Vermögen verlieren, hat Kopf und Kragen gewagt, hat den Staatsanwalt und den Schupmann daran gesetzt, ihnen das Vermögen abzuknöpfen, wenn sie es nämlich dadurch zu erhalten bemüht waren, daß sie versucht haben, einen Betrag zu bekommen, der auch nur einigermaßen die Selbstentwertung hätte ausgleichen können. (Minister Jellisch: Unwahr!) Das ist nicht nur nicht unwahr, Herr Minister Jellisch, sondern, wenn ich recht unterrichtet bin, haben Sie für Ihre Person vor etwa acht Wochen noch einen grimmigen Feldzug gegen den Wiederbeschaffungspreis unternommen und sind erst darin einigermaßen gedämpft worden, nachdem Ihnen die rot abgestempelten Konsumvereine klargemacht hatten, was das für eine Verdrücktheit wäre. (Sehr richtig! und hört, hört! rechts. — Zuruf links: Das haben Sie aber nur gehört. — Das ist unwahr!)

Ich sehe eine kurzfristige Schwäche der Regierung auch fast in allen Punkten der Statistik, die sie Programm nennt, zum Beispiel in dem planmäßigen Ausbau der Staatsbetriebe. Sie hat selber Äußerungen davon, daß unsere sich auflösende Valuta auch noch ein übriges tut in bezug auf den Staatskredit, der ohne es schon mächtig ramponiert ist, und daß insfolgedessen es schon von der rein finanztechnischen Seite ein Optimismus bis zur höchsten Grenze ist, wenn man glaubt, daß man wesentliche Mittel zum Ausbau des Staatsbetriebes aus unserer Volkswirtschaft herausnehmen könnte. Aber auch nach einer anderen Seite halte ich den Gedanken an den Ausbau der Staatsbetriebe vom Standpunkt eines verständigen Mannes, der die Erfahrungen mit öffentlich-rechtlich verwalteten Betrieben in unseren letzten Jahren mit lebendigen Augen klar vor sich sieht, für etwas ganz Wertvolles. Ich möchte doch fragen, ob die Regierung nicht sieht ein großes Sterben in den öffentlichen Betrieben, ob ihr nicht vielleicht der Herr Kollege Schmirch erzählt hat, daß zur Feier des neuen Jahres die Blaueier Straßbahn einschlagen wird (Sehr richtig! bei den Diktat.), ob man in Dresden nicht weiß, daß die Dresdener Straßenbahn stark an der Schwindsucht leidet, ob man nicht weiß, daß die große Reichseisenbahn, daß die Post den nämlichen Weg geht, ob man nicht gelesen hat, was durch alle Zeitungen ging, die Bewegung in der Rentabilität der Berliner Stadtgüter? Sie sind ein paar Jahre sozialisiert gewesen und die sozialisierten Betriebe haben ein solches Entsetzen erregt, daß man die Verpachtung sogar einer G. m. b. H. übertragen hat. (Hört, hört! rechts.) Ich wäre auch äußerst neugierig zu hören, ob die bisherigen Erträge der Staatsgüter zum Optimismus des weiteren Ausbaus berechneten. (Sehr gut! bei den Diktat.)

Wir haben mit Interesse davon Kenntnis genommen, daß die Regierung an dem Beamtenaufkordgesetz in der ihr eigenen Art festzuhalten gedenkt. Ich sehe auch darin eine typische Kurzfristigkeit der Regierung, denn es ist schon von anderer Seite darauf hingewiesen worden, wie zerstörend auf den Beamtengeist die Tatsache einwirken muß, daß den Leuten eingemipft werden soll: wenn du im neuen Staat vorwärtskommen willst, mußt du rot abgestempelt sein. (Lachen links. — Abg. Günther [Planen]: Früher Schwarz!) Ich sehe darin eine Verkörperung des Beamtengeistes, denn die Erziehung von Beamten setzt das umgekehrte Verfahren voraus, daß durch lange und planmäßige besondere Schulung der natürliche Mensch umgestaltet wird zum ethisch handelnden Beamten. (Weiterkeit links, Zurufe: So ist es recht! Ethisch! Selbstverständlich!) Der natürliche Mensch weigt zum Kampf und zur Anwendung der Ellbogen. (Abg. Wenke: Sie werden noch an der Ethik sterben!) Und Sie am Gegenteil, Herr Wenke! Der natürliche Mensch, der zum Beamten erzogen wird, muß hineinwachsen in den Geist des Dienens (Sehr richtig! bei den Diktat.), wie ihn die Hausmutter beipflicht. (Abg. Arzt: Hermann und Dorothea!) Richtig, jawohl, Literatur! (Große Weiterkeit.) Er muß lernen, daß es nicht darauf ankommt, persönliche Interessen wahrzunehmen (Sehr richtig! bei den Dem.) oder Par-

teinteressen, die ihnen dicht verwandt sind (Zuruf bei den Dem.: Da müssen Sie noch viel lernen), sondern daß er dazu da ist, um anderen zu helfen, andere zu fördern und andere in Geduld zu tragen. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Dem.) Er muß lernen, daß er keinen Unterschied machen darf zwischen denen, die zu ihm kommen. (Zuruf bei den Dem.: Nicht wie früher!) Wenn das früher der Fall gewesen ist, dann sehen Sie ja, daß das nach unserer Auffassung falsch war, daß wir das ablehnen, (Lachen links.) und der Unterschied ist der zwischen uns beiden, daß wir wenigstens das richtige Ziel und den ethischen Willen zum Ziel haben, während Sie ein falsches Ziel wählen. Wer den Beamten zum Parteimann erziehen will, (Abg. Frau Böttner: Wer will denn das? — Zuruf links: Das haben Sie doch lange genug gemacht!) Ich höre doch, fragen Sie einmal Herrn Justizminister Dr. Feigner, der in Leipzig gesagt hat: Nicht Demokratisierung ist das Zeichen der Zeit, Sozialdemokraten müssen wir in unsere Beamtenenschaft hineinbringen. (Zuruf bei den Dem.: Das ist auch richtig! Weil von der anderen Seite zu viel da sind!) Wer ihn zum Parteimann erzieht, verschärft noch die natürliche Neigung des Menschen zum falschen Sehen, je nachdem eigene oder fremde Fehler in Frage kommen.

Es wird uns gesagt: die Polizei soll ausgebaut werden, und von anderer Seite ist gesagt worden: man soll damit nicht allzu sparsam sein. Wenn sie so ausgebaut wird, wie sie sich bisher in der Revolution entwickelt hat, so ist sie für mich absolut wertlos. Als ein Polizeipräsident da war, der ein solches Unternehmen der kommunistischen Jugend im Keime unterdrückt hat, hat ihn die Vereinigte Sozialdemokratie über die Klinge springen lassen. Der jetzige, der offenen Landesfriedensbruch geduldet und der Vandalierung zugesehen hat, ist in seinem Amte bestätigt worden. Das ist wahrscheinlich die ethische Auffassung der neuen Zeit. (Zuruf links: Muß es denn immer Ethik sein?)

Vergeben ist auch das Ideal der Revolution, die Freiheit, sowohl in der Proklamation wie im Leben in der neuen Republik. Die Freiheit des Wortes gilt nur auf dem Papier. Wenn Herr Birth enttäuscht sagt, was der Zweck der Auflösung des Landtages gewesen sei, so ist es der gewesen, dem Unfug, den wir zwei Jahre lang unter der Flagge des Landtages erlebt haben, möglicherweise ein Ende zu machen. (Zuruf links: Möglicherweise.) Wir haben den Versuch gemacht und damit haben wir unsere Schuldbiligkeit getan, denn ultra posse nemi obligatur, und wir werden ihn, so oft es gelingt, wieder machen.

Wir haben auch vermisst, etwas über die Freiheit der Arbeit zu hören. Wir haben vermisst, daß die Regierung erklärt: Wir wollen den, der arbeiten will, namentlich in der Zeit der Arbeitslosigkeit, in seinem freien Willen schützen, insbesondere gegen wilde Streiks und gegen einen Terror, der noch schlimmer ist, wie der, der bei den Wahlversammlungen der Rechten ausgeübt wird. Statt der Freiheit der Wirtschaft, von der ich nichts besonderes habe erwähnen hören, hat man den Eingriff in die Freiheit der Wirtschaft in Aussicht gestellt. Ihre geführt durch die Geldentwertung, glaubt man dadurch, daß man irgend-jemandem eine Boxschrift macht: Du hast das aber das zu dem Preise abzugeben, etwas zu erreichen. Im Ernste kann niemand glauben, daß durch eine solche Verordnung irgend jemandem eine Hilfe geleistet werden kann. Wir haben in dem Punkte die absolute Erfahrung der Zwangswirtschaft hinter uns. Ich sehe in dieser Verordnung über die Befestigung von Milch und Butter gar nichts anderes als eine Verbeugung nach unten. Der Herr Wirtschaftsminister hätte bloß in seinen Staatsgütern faktulieren zu lassen gebraucht, was die Milch- und Butterherstellung kostet, da wäre er wahrscheinlich zu dem Ergebnis gekommen, daß die Bauern billiger liefern, als die Sachen im Staatsgut herzustellen sind. (Sehr richtig! rechts. — Widerspruch links.) Man hat bei all den Forderungen, die erhoben worden sind, erwähnt, die Bauern hätten schönes Geld verdient und könnten auch einmal ein übriges tun. Man verlangt diese hohe Opferwilligkeit von der anderen Partei, ohne seinerseits zu sagen: Wir sind auch noch da, wir wollen auf unserer Seite einmal die Opferwilligkeit zeigen, z. B. dadurch, daß wir pro Woche eine Überstunde zugunsten der Rinderemittelten leisten.

Auch die wiederkehrende Gemeindeordnung und die Betonung, daß sie im alten Geiste durchgeführt werden soll, zeigt nichts anderes als dieselbe Unreife. Hier kann ich auch ein schlagendes Beispiel dafür bringen, wie es mit der ethischen Schwäche aussieht. Die Tendenz der Verordnung ist die, an Stelle des berufsmäßigen Gemeindeverwalters einen Parteifreund zu setzen, jedenfalls jemanden, der die Sache nicht fünfzig gelernt hat. In die Hand dieses Mannes soll die Gewalt, die Führung der Gemeinde, also der Schwerpunkt der Verantwortung gelegt werden, er soll aber nur für grobe Fahrlässigkeit haften, nicht aber, wie der berufsmäßige Beamte, für jede Fahrlässigkeit. Mit anderen Worten: die Luft nach der Nacht zu greifen, besetzt man, aber die Luft, die korrespondierende Verantwortung zu übernehmen, hat man nicht, die fürchtet man! (Sehr richtig! rechts.) Das nenne ich sittliche Schwäche! (Große Unruhe.)

Die Trennung von Staat und Kirche ist erwähnt worden. Ich sehe den Grundzug der Unklarheit und Schwäche der Regierung auch hier, daß sie nicht die Lösung einer Ehe, wie sie zwischen Staat und Kirche bestanden hat, in den Formen vorgenommen hat, daß die nun losgelöste Kirche und ihre Diener leben können, sondern daß die Loslösung so vollzogen worden ist, daß drüber das von allen Seiten anerkannte Elend in die Häuser der Geistlichen und der Beamten der Kirche eintreten mußte. Ich sehe darin nicht die Neutralität des Herrn Birth der Kirche gegenüber, sondern ich sehe darin den Haß des Sozialismus gegenüber der Kirche.

Was die Schule betrifft, so sehe ich auch hier eine ungenügende Einsicht in die realen Zusammenhänge der Dinge, wenn man allerlei große Pläne macht. Ich bin der Meinung, daß umgekehrt unter der entsetzlichen Rot der Zeit das Gellen wird, was der alte Staat aufgebaut hat, und daß es unmöglich sein wird, auch nur die Mittel zu schaffen, um unser altes

Schulsystem auch nur notdürftig zu erhalten. Was das warme Herz der Regierung für die Fachschulen betrifft, so höre ich an meinem Tische andere Dinge. Mir wird berichtet, daß man die Fachschulen sowohl des Gewerbes wie der Landwirtschaft im Bewollen der Volksschule numter vorangehen läßt, und daß insfolgedessen die Freundlichkeit nur eine theoretische sein kann. Was die höheren Schulen betrifft, so habe ich für meine Person die Sorge, daß es sich hier um ein kurzfristiges Experiment handelt, um ein kurzfristiges Experiment schon deswegen, weil hier diejenigen, die die Reform der höheren Schulen vornehmen wollen, die höheren Schulen ebenjowenig kennen, wie unsere zukünftigen Bürgermeister die Gemeindeverwaltungen. (Lebhaftes Sehr richtig! rechts.) Dem Landeshaushaltsrat sehen wir mit gemischten Gefühlen entgegen. Wir fürchten, daß er ein Klub von Rabibalen sein wird. Die Heranziehung der Hochschule an den Staat, die angekündigt worden ist, ist auch einer von den Schwabenstreichen, die man in Aussicht genommen hat. Wenn die Heranziehung der Hochschule an den Staat gelingt, also wenn es gelingt, die Lehrer nach dem Parteikempel auszuwählen, wird die Landeshochschule die längste Zeit der Stolz des Landes gewesen sein, denn so viel steht fest, daß ein akademischer Lehrer, der es wert ist, an einer echten Hochschule zu lehren, sich von niemandem und von keiner Partei seine Meinung vorzuschreiben läßt.

Ich will nun zum Schluß und Kernstück des Regierungsprogramms kommen, nämlich zu der Arbeit der Regierung, die sie entfalten wird zur Befestigung der Gesellschaft im sozialistischen Sinne. Marx hat sich bekanntlich die Aufgabe gestellt, den Menschen vom Kapitalbruch zu befreien. Er hat dazu zwei Wege ausgeheckt. Von dem einen reden die Sozialisten immer, von dem anderen habe ich noch niemals von einem Sozialisten irgend etwas vernommen. Da ist Marx Mittelstandsmann, der das hohe Lied singt vom Bauer und Handwerker. Man braucht nur nachzulesen, was er am Schluß des 1. Bandes „Das Kapital“ geschrieben hat. Da entwickelt er ein ganzes Kolonistenrezept, und wenn Marx Nachfolger gefunden hätte mit seiner geistigen Kraft und mit den Mitteln, die heute der Staat in der Hand hat, dann würde er einen Weg finden, um dieses Kolonistenrezept in unseren weiten bestellten Flächen unseres Vaterlandes durchzuführen. Statt dessen spielt die Sozialdemokratie 30 und 40 Jahre und auch die Zeit, während welcher sie die Macht in der Hand hat, mit Phrasen, um die Arbeiterchaft aufzupeitschen zum Klassenhaß und zum Bürgerkrieg. Wer davon redet, daß man in der heutigen Zeit, wo alle Kräfte zum Aufbau ausgedient werden müssen, die Gesellschaft im Marx'schen Sinne umgestalten muß, der müßte begreifen, daß wir jetzt keine Zeit haben, Hoffnungen auf den zusammenbrechenden Staat aufzubauen, auf andere schwache Menschen, sondern daß man Hoffnungen aufbauen muß auf sich selbst, auf die einem von Gott verliehene Kraft. Deswegen darf man nicht predigen, das Dogma, das ist echt Marx'sisch, von der Bereicherung der anderen und von einem bequemeren Leben und all den anderen Dingen, sondern man muß davon reden, daß man nur in unermüdbaren Ringen und Einsetzen aller Kräfte, nicht in Spielerei mit dem Achtstundentage (Hört, hört! links) eine wirkliche Befreiung des Menschen vom Kapitalbruch herbeiführt. (Wahr! rechts.) Deswegen müssen wir eine Regierung, die mit der ersten Hälfte des Marx sozialistisch und kurzfristig spielt, unter allen Umständen für die Gemeinschaft ablehnen. Wir sind aber bereit, mit einer ethischen, den Menschen führenden und ihn auf die Pflicht der Entfaltung seiner Kräfte hinweisenden Regierung, einer Regierung, die die Menschen rüht und trägt und in ihrem Fortkommen fördern will, zusammenzuarbeiten. (Wahr! rechts.)

Abg. Böttner (Rom.): Die Regierungserklärung enthält mehrere Hinweise auf die höhere Gewalt. Die Arbeiterklasse kann sich jedoch mit diesem fatalistischen Augenanschlag nach Berlin nicht zufrieden stellen, sondern die Arbeiterklasse, die von diesen Gewalttaten abhängig ist, muß sich mit diesen Gewalten auseinandersetzen, um sie zu besiegen, und eine Regierung, an deren Spitze Sozialdemokraten stehen, muß das Kampffeld, muß die Stärke des Gegners und die eigene Stärke der Arbeiterklasse prüfen und muß sich auch mit diesen Faktoren in ihrem Programm auseinandersetzen. (Sehr richtig! bei den Rom.) Das hat die Regierung versäumt in ihrem Programm, und ich halte es für notwendig, daß auch das hier von dieser Stelle aus im Interesse der Arbeiterklasse nachgeholt wird. Es ist eine Tatsache, daß heute die Renaufteilung der Welt mitten im Gange ist, und daß kein Mensch weiß, wie diese Renaufteilung der Welt nach dem Kriege enden wird. Es ist Ihnen auch bekannt, daß die gewalttätige Krise, in der sich jetzt die gesamte kapitalistische Gesellschaft befindet, aus dem Weltkrieg hervorgegangen ist. Der Versailles Vertrag soll das neue Weltkräfteverhältnis erzwingen, und wir haben mit dem Faktor des Versailles Vertrages zu rechnen. Nach diesem Versailles Vertrag ist Deutschland heute Objekt der Weltpolitik. (Sehr richtig! rechts.) Amerika beherrscht die Weltwirtschaft, England und Frankreich kämpfen nach wie vor um die Hegemonie auf dem Kontinent, und der Rhein ist heute und in dieser Stunde das Objekt des Handels aus dem nahen Osten. Der Kapitalismus treibt zu neuen kriegerischen Konflikten. Es ist Tatsache, daß inmitten dieses allgemeinen Zusammenbruchs Rußland heute der einzige konstante Machtfaktor ist und der einzige Friedensfaktor. (Abg. Claus: Das ist wohl Späß?) Rußland ist die einzige Regierung, die seit 1918 die gesamten europäischen Regierungen überlebt hat. Die russische Regierung ist sogar älter geworden als das Kabinett Lloyd Georges, das doch ziemlich alt geworden ist, während in Zentraluropa die Kabinette wechseln, so ungefähr wie die Hemden gewechselt werden. (Abg. Dr. Seyfert: Na, na! — Lebhaftes Weiterkeit.) Der Kampf um die Liquidation des Versailles Vertrags wird von keiner Seite so energisch betrieben, wie von Sowjet-Rußland und nach dem Willen der Arbeiter ist allerdings dieser Kampf gegen den Versailles

Vertrag nicht ein Rationalitätenkampf, sondern er ist Klassenkampf. Nur mit Klassenkampf kann auch dieser Versaillesvertrag überwunden werden (Zuruf: Niemals!) und die Arbeiter lehnen es ab, sich zum Kampfe gegen den Versaillesvertrag einzulassen zu lassen in eine neue Harmoniebulle mit der besitzenden Klasse, in Volksgemeinschaften und andere Gemeinschaften mit der Bourgeoisie. (Abg. Dr. Dehne: Lieber bleiben sie in der Knechtschaft!) Auf der Haager Konferenz der Gewerkschaften, die gegenwärtig stattfindet, sind es wieder die Anhänger des russischen Proletariats gewesen, die in der energischsten Weise gegen das Beträgen, gegen die Kriegspolitik aufgetreten und auch mit positiven Vorschlägen hervorgetreten sind. Genau so ist es Rußland gewesen, das in Genua die Abrüstungsfrage gestellt hat, die von den anderen Ententestaaten abgelehnt wird. (Abg. Frau Böttner: Und die rote Armee?) Die rote Armee ist ein Garant für die proletarische Revolution (Marxist. — Geisterzeit.), die rote Armee ist ein Bollwerk, das dafür sorgt, daß Sowjet-Rußland von seinen Feinden nicht überrannt worden ist und nicht überrannt werden konnte, und wir hoffen und wünschen, daß die rote Armee weiterhin ihre Pflicht so tut, wie sie sie bisher getan hat. (Zuruf: Militarist!) Der Arbeiterklasse Europas wird der Bestand der roten Armee noch einmal sehr zum Nutzen sein. (Zurufe rechts und links und Geisterzeit.) Es ist in Deutschland der herrschenden besitzenden Klasse gelungen, den Ansturm der Arbeiter zurückzuschlagen, und die deutschen Arbeiter sehen heute der Offensive des Kapitals auf der ganzen Breite der Front gegenüber. Die besitzende Klasse hat es nicht bloß verstanden, ihre ökonomische Macht, sondern sie hat es auch verstanden, ihre politische Macht zu restaurieren. Diese Restauration wird auf der ganzen Linie weitergeführt und baut sich auf dem Zusammenbruch der Volksernährung, des Gesundheitswesens, der Kultur, der Staatsfinanzen und der Demokratie. Das ist die Bilanz, die Sie ziehen können, und die Mittel, die heute die deutsche besitzende Klasse anwendet, um diese Restauration weiter zu führen und im entscheidenden Moment mit Blut zu füttern, das ist die Heranbildung des deutschen Faschismus, der von der herrschenden Klasse gezüchtet wird, um die Arbeiterschaft niederzuhalten, ihre Versammlungen zu sprengen und ihre Führer abzuschlagen. Wie weit die faschistische, die nationalsozialistische Bewegung in Deutschland vorgebrungen ist, das können wir täglich in München erleben. Die Tradition der bürgerlichen Klasse ist eine Tradition von Heuchelei, eine Tradition von Verleumdung und von Blut und Schweiß, den sie den Proletariern ausgeföhrt hat. Diese deutschnationale Ethik ist hier in Bayern in Reinkultur ausgeföhrt, und man ist jetzt im Begriff, uns diese deutschnationale Ethik auch nach Sachsen zu importieren. Diese Ethik des Hakenkreuzes zeigt sich bereits in ihrem ersten Auftreten in Chemnitz, wo der Deutsche Volksbund, eine anonyme Organisation des aufgedrängten Schutz- und Trutzbundes, zu Versammlungen einlädt, in denen die Durchführung des völkischen Gedankens besprochen und der völkische Gedanke gepflegt werden soll. Worin der völkische Gedanke besteht, das ist im Rathenau-Prozess, das ist im Scheidemann-Prozess und jetzt im Prozess gegen Garben zur Genüge enthüllt worden. Dieser völkische Gedanke hat seine höchste ethische Zuspitzung in der Blausäure-Sprige, in Handgranaten und in Revolvern, und die Organe dieses deutschnationalen ethischen Gedankens sind gedungene Meuchelmörder, die sich vorher in Berlin in Likörbotteln besaufen, die vorher ein Luderleben führen, um dann mit Hilfe der deutschen Kapitalisten Attentate auf die Angehörigen der besitzenden Klasse zu verüben. Das ist die deutschnationale Ethik in Reinkultur, so, wie sie uns heute hier von einem würdigen Vertreter der deutschnationalen Partei offeriert worden ist. Die deutsche Arbeiterklasse bedankt sich für diese Ethik und fest dieser deutschnationalen Ethik ihren Klassenkampf entgegen, und diese Ethik des Klassenkampfes ist allerdings das Fundament, auf dem die neue Gesellschaft errichtet wird, während die deutschnationale Ethik eine Sumpfbüde der verfaulenden kapitalistischen Gesellschaft darstellt.

Stellv. Präsident Süniger (unterbrechend): Herr Abgeordneter, ich kann nicht dulden, daß Sie immer mit so unmaßigen Ausdrücken auf eine einzige Partei abzielen, die im Landtag vertreten ist.

Abg. Böttner (fortfahrend): Das ist noch sehr mäßig ausgedrückt gegen die besitzenden Klassen. Diese nationalsozialistische Bewegung soll der herrschenden Klasse dazu dienen, die Erfüllungspolitik auf dem Rücken der arbeitenden Klasse durchzuführen. Die sächsischen Arbeiter wollen wissen, ob die sozialdemokratische Regierung in Sachsen gewillt ist, den Kampf gegen die Erfüllungspolitik der Reichsregierung aufzunehmen. Die Erfüllungspolitik der Reichsregierung ist in den einzelnen Punkten der Reparationsnote dargelegt. Es sind auch Ergänzungen der Reparationsnote versprochen worden und unterwegs, und nach dieser Reparationsnote werden ungezählte Beamte, Angestellte und Arbeiter entlassen. Es werden nach dieser Reparationsnote unbedingt die Befreiung des Achtstundentages durchgesetzt und die Getreidebewirtschaftung, wie sie bisher besteht, aufgehoben werden und, was das wichtigste ist, es wird ein internationales Finanzkonsortium die Geschäfte in Deutschland verwalten, so daß in Deutschland binnen kurzem der Zustand besteht, daß die deutsche Arbeiterklasse verwaltet wird, wie die indischen Plantagenarbeiter von der englischen besitzenden Klasse oder wie die chinesischen Kulis. Die Arbeiterschaft hat auch den Willen, den Versaillesvertrag positiv zu bekämpfen, zu bekämpfen nicht nur durch negative Kritik, sondern sie hat ein wirtschaftliches Programm in der Bekämpfung des Versaillesvertrages. Aber an der Spitze dieses Programmes steht der Satz: Der Hauptfeind befindet sich im eigenen Lande. Und gegen diesen Hauptfeind richtet sich zunächst der allerheftigste Klassenkampf, um die Arbeiterschaft zu befreien von den Lasten des Krieges, (Zuruf des Abg. Dr. Dehne.) der von dem Cäsarenwahnsinn des deutschen Kaisers angezündet wurde, jenes Krieges, dessen größter Teil der Schuld auf der besitzenden Klasse Deutschlands, keinen Militärs, keinen Generälen und keinen Beamten

liegt. Die Lasten dieses Krieges sind abzuwälzen auf die Schultern derjenigen, die heute aus dem Kriege noch Milliardengewinne herausziehen. Und in diesem Kampfe gegen den Versaillesvertrag wird das Proletariat nicht nachlassen, sondern es wird ihn fortsetzen und vertiefen und die Offensive der heutigen Unternehmer gegen die Arbeiterführer in der Frage des Achtstundentages umzuwandeln in eine Offensive der Arbeiter zur Erfassung der Sachwerte, zur Enteignung der Produktionsmittel und zur Kontrolle der besitzenden Klasse. Auch wir sind der Meinung, daß in Deutschland die Produktion gesteigert werden kann und gesteigert werden muß, und daß es sehr viel Möglichkeiten zur Steigerung der Produktion gibt. Ein Mittel der Produktionssteigerung besteht z. B. darin, daß man sämtliche Glieder der besitzenden Klasse für die Produktionsarbeit brauchbar macht, daß man sie in den Produktionsprozess hineinzieht. Sehr viele von den Söhnen und Töchtern der besitzenden Klasse sind in der Lage, an der Maschine zu stehen und nützlichere Arbeit zu leisten, als sie heute in den Organisationsstellen, in den nationalsozialistischen Verbänden und in diversen Vergnügungs- und Luxusorganisationen leisten. Auf diesem Gebiete sind wir absolut einverstanden mit der Steigerung der Produktion; aber in einer Situation, wo Deutschland am Vorabend einer schweren Wirtschaftskrise steht, wo heute bereits vierzigtausend eingelegt werden, wo heute bereits vierzigtausend gearbeitet werden muß, beispielsweise in der Textilindustrie, in einer solchen Situation zu sagen, es sei notwendig, den Achtstundentag einzuführen, das ist ein Wahnsinn. Es ist möglich, im Rahmen des Achtstundentages unter Ausnutzung aller Möglichkeiten die Produktion zu steigern, und da wird die Arbeiterschaft jeden Tag bereit sein, an dieser Steigerung der Produktion mitzuwirken.

Nun haben wir aber die Frage aufzuwerfen: welche Stellung nimmt die sozialdemokratische Regierung zu allen diesen Fragen ein? Sie hat in der Regierungserklärung nicht angezeigt, welchen Weg sie zu geben gedenkt, um ökonomisch die Lage der arbeitenden Massen und aller derjenigen zu bessern, die heute unter dem Zusammenbruch der Wirtschaft bitter und schwer zu leiden haben. Die Arbeiterschaft kann jedoch nicht schweigen, die Arbeiterschaft muß eine Antwort auf diese Fragen haben, und sie wird auch die Antwort auf diese Fragen bekommen und den Kampf um diese Besserung führen, wenn die sozialdemokratische Regierung diesen Kampf nicht führt, wenn sie diesen Kampf ablehnt.

Die Kommunistische Partei hat vorgeschlagen, in Sachsen eine Arbeiterregierung zu bilden, eine Arbeiterregierung, die eine Kampfregierung gewesen wäre und sein könnte gegen die herrschenden Klassen in Deutschland, eine Arbeiterregierung, die aber ihr Fundament nicht in diesem Saale hat, sondern in den Fabriken, in den Betrieben und in den Bureaus. Dort fundamementiert und verankert wäre es möglich gewesen, den bürgerlichen Gegner in den Fabriken, in den Bureaus und in den Betrieben zu besiegen und niederzuwerfen. Hier von diesem Saale aus, von diesem distanziierten Parlament aus ist es nicht möglich, den Kampf gegen den bürgerlichen Gegner zu führen. (Abg. Böttner: Weshalb sitzen Sie denn dann hier, weshalb beteiligen Sie sich hier?) Die Arbeiterregierung in Sachsen war von den Kommunisten auch bereits auf ein Programm festgelegt; wir hatten nicht nur die Forderung einer Arbeiterregierung aufgestellt, sondern auch ein positives Programm, und in diesem positiven Programm die notwendigsten und elementarsten Forderungen niedergelegt, wie die Versorgung der arbeitenden Bevölkerung in Sachsen mit Lebensmitteln in ausreichendem Maße mit Brot, Kartoffeln und Kohle gesichert soll. Für die Beschaffung der erforderlichen Mittel haben wir allerdings vorgeschlagen, einen Zwangsbeitrag in die Mittel der besitzenden Klasse zu unternehmen. Wir haben vorgeschlagen, auch für Sachsen eine Zwangsleihe aufzulegen. Darüber hinaus haben wir aber von den sächsischen Sozialdemokraten gefordert, daß sie auch den Kampf mit der Reichsregierung nicht schweuen, wo die Reichsregierung die Interessen der Arbeiterklasse verletzt und unterdrückt oder unberücksichtigt läßt. Aber auch dieser Kampf gegen die Reichsregierung in diesen wichtigen Fragen ist von der sozialdemokratischen Partei abgelehnt worden, und in geradezu grotesker Weise kommt bei der sozialdemokratischen Partei in Sachsen die Furcht zum Ausdruck, mit der Reichsregierung in irgendeinem Konflikt zu geraten.

Nun hat man uns auch bei der Regierungsbildung gefragt, ob die Kommunistische Partei in Sachsen die Verfassung anerkennt, ob sie gewillt ist, unter Anerkennung der Reichs- und Landesverfassung in die Regierung einzutreten. Die Kommunistische Partei hat ganz offen erklärt: Die Verfassungsfrage wird nicht gelöst durch einen Eid oder einen Schwur, sondern die Verfassungsfrage wird gelöst durch die Kämpfe, durch die Kräfteverschiebungen innerhalb der Gesellschaft und durch die Machtverschiebungen zwischen Bourgeoisie und zwischen Proletariat. Und sie hat deshalb erklärt: Wir haben jetzt nicht die Kraft, die Verfassung umzuwälzen, wir sind bereit, auf dieser Basis in die Regierung einzutreten, werden aber dafür sorgen, daß die Machtverhältnisse so gestaltet werden, daß auch die Verfassungsfrage sich von selbst löst. (Zuruf bei den Soz.: Was heißt denn das?) Das heißt, daß die Verfassung beseitigt wird (Wahl bei den Soz.) in der Form, wie sie jetzt besteht. Der Herr Minister Lipinski hat ja selbst als Minister den Eid geleistet, als er noch das Leipziger Aktionsprogramm, das Räteprogramm in der Tasche hatte, (Sehr gut! rechts.) in Volkssammlungen hat er geschworen auf das Räteprogramm und hier hat er geschworen auf die Konstitution, und der Herr Minister Heide hat geschworen unter August auf die monarchische Konstitution und hat dann geschworen auf die republikanische Konstitution und hat dazu mitgeholfen, die monarchische Konstitution zu beseitigen, und Scheidemann hat seinem Kaiser den Eid geleistet und dann hat er vom Reichstag aus die Republik verkündet. Das illustriert zur Genüge die ganze Farce der Verfassungsfrage. Die

Verfassung ist ein Stück Papier, ein Stück Papier, das zerrissen wird von den jeweiligen Machtgruppierungen, wie sie neu entstehen im Kampfe der Klassen.

Aber selbst innerhalb dieser Verfassung war es möglich, den Kampf um die Besserung der Arbeiter zu führen, es war aber nur möglich, indem die Arbeiterklasse selbst im weitesten Umfang dazu mit herangezogen wurde, und deshalb haben die Kommunisten verlangt, daß den Klassenorganen des Proletariats das weitestgehende Mitbestimmungs- und Mitverfügungsrecht eingeräumt wird in der sächsischen Politik und auch in allen Fragen, die die Arbeiter in Sachsen selbst angehen. (Zuruf bei der Dtsch. Sp.: Genau wie in Rußland!) Diese Forderung nach der Mitbestimmung der Klassenorgane und in diesem Falle nach der Mitbestimmung der Betriebsräte (Wahl links.) ist keine Forderung nach der Rätepolitik, das wissen Sie sehr gut, sie ist lediglich eine Erweiterung der bestehenden demokratischen Formen, eine Ausweitung der bestehenden Bestimmungen im Interesse der Arbeiterschaft. (Abg. Dr. Seyfert: Bis zur Unkenntlichkeit ausgeweitet.) Allerdings, der Kampf, den wir hier im Parlament dafür führen, ist ein aussichtsloser Kampf, wir wissen sehr gut, daß die Sozialdemokraten in dieser Frage nicht mit uns gehen, daß sie gegen die Arbeiter stehen werden in dieser Frage, und deshalb werden wir die Arbeiterschaft draußen in den Fabriken und in den Betrieben mobil machen auch gegen dieses Parlament, werden sie mobil machen für ihre eigenen Forderungen. (Lebhafte Zurufe bei den Soz., u. a.: Die werden Euch was pfeifen! Die haben das Jati!) Das werden wir ja im Laufe der Entwicklung sehen.

Die Kommunistische Partei hat ferner verlangt bei der Arbeiterregierung den sofortigen Erlass einer Amnestie. Die sächsische Regierung hat in ihrer Regierungserklärung erklärt, daß sie keine Notwendigkeit für eine Amnestie sieht, sondern daß sie mit den Einzelbegnadigungen auszukommen gedenkt. Die Amnestie, die schon im alten Landtag versprochen worden ist, ist nicht eingehalten worden, und die Kommunistische Partei wird in ihrer ganzen Einstellung zur Regierung sich einstellen, wie man sich zu Wortbrüchigen einstellt: Schärfste Mißtrauen in weitestem Maße. (Sehr gut! bei den Kom. — Hört, hört! rechts.)

Die Kommunistische Partei hat ferner verlangt, daß angesichts der faschistischen Gefahr, angesichts des Verhaltens der Faschisten, der Nationalsozialisten, die Waffen in die Hände der Arbeiter kommen sollen, daß die Arbeiterschaft selbst durch die Bewaffnung in den Stand gesetzt wird, ihre sozialen und politischen Forderungen zu sichern. Denn allein vor der bewaffneten Gewalt hat das Bürgertum Respekt, genau so, wie es sich vor der bewaffneten Gewalt verhalten hat im Jahre 1918 und genau so wie das Bürgertum in Rußland sich vor der bewaffneten Gewalt verhalten hat. Nur durch den Terror, nur durch die Diktatur wird es möglich sein, die bürgerliche Gesellschaft zu überwinden. Die Kommunistische Partei hat aber auch weiter gefordert, daß sofort verboten werden soll, jede antirepublikanische Agitation in Wort, Bild und Schrift, sie hat gefordert sofortige Auflösung aller monarchistischen und antirepublikanischen Verbände. Wir haben bis heute noch nicht gehört, daß die sozialdemokratische Regierung Sachsens sich gewendet hätte gegen diese Organisationen in Chemnitz, gegen diese verkappten deutsch-völkischen, gegen diese Tochterorganisationen des deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbundes. Insbesondere aber hat die Kommunistische Partei es als eine der wichtigsten Aufgaben der Arbeiterregierung erachtet, die Mobilisierung der breitesten Massen gegen die verhängnisvolle Panzerpolitik der Reichsregierung und der Zielsetzung einer Arbeiterregierung für das Reich in die Wege zu leiten.

Alle diese Forderungen sind abgelehnt worden und die sozialdemokratische Partei hat in ihrem Regierungsprogramm nicht einmal die zehn Richtlinien, die sie in den Verhandlungen mit den Kommunisten aufgestellt hatte, zu erhalten gewagt, sondern sie hat diese Richtlinien preisgegeben und sich mit dem Programm begnügt, das der Herr Ministerpräsident hier vorlesen hat und das über die wichtigsten Fragen mit einer nichtslagenden Phrase hinweggeht. Ich erinnere bloß daran, was in diesem Programm über die Volksernährung steht, daß hier mit einigen Zeilen die Arbeit der Regierung auf diesem Gebiete charakterisiert wird. In der Frage der Erwerbslosen ist dieses Programm ebenfalls nichtslagend und inhaltslos und auch in der Frage der Wohnungsnot ist das Programm in derselben Weise verfahren wie in anderen Fragen. Es hat zu diesem Programm jeder Minister ein kleines Teilchen beigetragen. Die Herren haben sich zusammengesetzt und ein paar Sätze gebraut über ihr Regierungsprogramm und dann haben sie die Geschichte zusammengeschoppelt ohne jede große Linie, ohne jede Perspektive im ökonomischen und politischen Kampf, sondern in dieser ganzen Zusammenfassung kommt klar zum Ausdruck der Zeitgedanke: Es wird fortgewürschelt, in der Reparationspolitik fortgewürschelt von einem Termin zum anderen und in der sächsischen Politik fortgewürschelt von einer Landtagssession zur anderen. Die Regierung hat nicht einmal die Kraft aufgebracht, in der Frage der Verwaltungsreform, in der Frage der Personalpolitik energisch aufzutreten. Die sozialdemokratische Regierung ist über ihre Geheimrats- und Paragraphenpolitik schon einmal gestolpert, und wenn die sozialdemokratische Regierung in diesem alten Sinne ihre Politik fortsetzen wird, wird sie wahrscheinlich von den Paragraphen ihrer eigenen Geheimräte in der nächsten Zukunft noch aufgeklopft werden. Deshalb hat die Kommunistische Partei gefordert, daß die Arbeiter draußen im Lande mitwirken müssen, um jede Sabotage, politisch in der Verwaltung, in der Justiz, in der Post, ökonomisch in der Industrie, in der Produktion unmöglich zu machen. Sie können die Konterrevolutionäre, die Feinde der Arbeiter in der Verwaltung und in der Justiz von der Beratungsstelle eines Geheimratskollegiums nicht herausfinden, sondern Sie können diese Elemente nur hinauswerfen, wenn sie ihnen denunziert werden von den Arbeitern und von den Beamten selbst.

(Fortsetzung in der nächsten Beilage.)

**Beim Landtag  
sind folgende Drucksachen eingegangen:**

Nr. 23.

Anfrage des Abg. Dr. Herrmann (Dtsch. Sp.) u. Gen. Studentat Bartholomey, Annaberg, ist auf Grund einer Erklärung, die er im Auftrage und im Namen des Bürgerbundes Annaberg im Annaberger Nachrichtenblatt vom 11. Oktober 1922 an Herrn Kultusminister Fleißner gerichtet hat, vom Kultusministerium ohne vorhergegangenes Disziplinarverfahren und ohne Rücksicht auf den Ausgang eines gegen ihn eingeleiteten Strafverfahrens seines Amtes enthoben worden. Ist die Regierung bereit, die Amtsenthebung Bartholomeys sofort aufzuheben, da sie in Widerspruch zu Artikel 118 der Reichsverfassung steht?

Nr. 24/25.

Anfrage des Abg. Arzt (Soz.) u. Gen. Was gedenkt die Regierung zu tun, um die Versorgung der Bevölkerung mit Hausbrandkohle für die Wintermonate sicherzustellen?

Was gedenkt die Regierung, nachdem sich die bisherigen Maßregeln als unwirksam erwiesen haben, zu tun, um dem Wucher mit den notwendigen Bedarfsartikeln entgegenzutreten?

Nr. 26.

Anfrage des Abg. Siegert (Dtschnat.) u. Gen. Dem Vernehmen nach sind gegen eine Anzahl katholischer Schüler und Schülerinnen, insbesondere höherer Lehranstalten, Maßregelungen erfolgt, weil sie an dem katholischen Festtag „Allerheiligen“ dem Unterricht ferngeblieben sind, und es ist für den Fall eines weiteren Fernbleibens an solchen Feiertagen die Entlassung angedroht worden. Ist die Regierung bereit, diese Eingriffe in die ungehörte Religionsausübung zurückzunehmen und von weiteren Maßnahmen dieser Art abzusehen, solange nicht die Rechtsgültigkeit der hier zur Anwendung gebrachten Verordnungen des Kultusministeriums zweifellos festgelegt ist?

Nr. 27.

Kurze Anfrage des Abg. Bentler (Dtschnat.) u. Gen.: In Jvidau fanden am 4. und 5. Juli schwere Unruhen statt, wobei Angehörige der Polizei vergewaltigt und verwundet, in viele Wohnungen eingedrungen und gestohlen und geplündert, die Autorität der Staatsgewalt aufs schwerste erschüttert und auch zwei Menschen getötet wurden.

Von den Übeltätern ist, soweit bekannt, noch nicht ein einziger bestraft worden. Vielmehr hat, wie verlautet, das Justizministerium das Verfahren gegen einen Teil niedergeschlagen, gegen einen anderen Teil aber dadurch unterbrochen, daß es die Akten an sich gezogen und seit Monaten im Justizministerium zurückgehalten hat.

- 1. Ist dies richtig?
- 2. Wie gedenkt das Justizministerium dieses die Interessen des Staates und der bei den Unruhen schwer geschädigten Staatsbürger verletzende Verfahren zu rechtfertigen? Wie will die Regierung die Verantwortung für neue Unruhen ablehnen, wenn sie die Aufrechter in solcher Weise schützt?
- 3. Würde das Justizministerium in gleicher Weise verfahren sein, wenn politisch rechts stehende Personen die Übeltäter wären?
- 4. Würde das Justizministerium es billigen, wenn die ihm unterstellten Justizbehörden in ähnlicher Weise Strafsachen durch monatelanges Liegengelassen hinaus-schleppen würden?

Nr. 28/29.

Anträge des Abg. Arzt (Soz.) u. Gen. Der Landtag wolle beschließen: die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung auf eine Erhöhung und präzisere Ablieferung der Getreideumlage hinzuwirken.

Der Landtag wolle beschließen: die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung die Besserstellung der Erwerbslosen und Sozialrentner zu fordern.

Nr. 30.

Anfrage des Abg. Hiemann (Dtsch. Sp.) u. Gen. Ist der Regierung bekannt, daß durch die Sorenthaltung der ev.-luth. Landeskirche zustehenden Staatsleistungen die Kirchengemeinden in schwere finanzielle Bedrängnis geraten sind, daß die Landeskirche nicht mehr in der Lage ist, den Pfarrern das ihnen nach der geltenden Besoldungsordnung zukommende Gehalt zu gewährleisten und daß die meisten sächsischen Pfarrhäuser sich in bitterer Not befinden? Ist die Regierung nunmehr bereit, die vom Landeskonsistorium gemäß Artikel 173 A.B. wiederholt beantragten Mittel in den Nachtragsetat einzustellen?

Nr. 31.

Antrag der Abgg. Köllig, Dr. Kaiser (Dtsch. Sp.) u. Gen. Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu beauftragen, Maßnahmen zur Behebung der Notlage der freien Berufe (Rechtsanwälte, Ärzte, Schriftsteller, Privatlehrer, Künstler usw.) zu treffen, insbesondere auch die freien Berufe von der Gewerbesteuer auszunehmen und damit § 4 des Gewerbesteuergesetzes aufzuheben.

Nr. 32-35.

Anträge des Abg. Berg (Rom.) u. Gen. Der Landtag wolle beschließen: die Regierung zu beauftragen, als Maßnahme zur Behebung des Kinderelends unverzüglich die erforderlichen Mittel bereitzustellen.

um unentgeltliche Schulspeisungen für alle Kinder Minderbemittelter durchzuführen.

Der Landtag wolle beschließen: die Regierung zu beauftragen, 1. unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach zu erlassen sind die von den sächsischen Gerichten bis einschließlich 5. Dezember rechtskräftig erkannten Strafen

- a) wegen politischer Delikte, wobei Personen ausgeschlossen sind, die bei der Begehung der Handlung die alten vorrevolutionären Zustände wieder herstellen wollten;
  - b) wegen aus Not begangener Straftaten, sofern die erkannten Strafen Geldstrafen, Haftstrafen oder Gefängnisstrafen von nicht mehr als 1 Jahr sind;
  - c) wegen Abtreibung im Sinne der §§ 218 und 219 des Strafgesetzbuches, wobei solche Personen ausgenommen sind, die die Notlage der Schwangeren größtlich ausgenutzt haben;
2. bei der Reichsregierung eine Amnestie im gleichen Umfange zu beantragen.

Der Landtag wolle beschließen: die Regierung zu beauftragen,

- 1. zur augenblicklichen Linderung der größten Not der Erwerbslosen sofort Mittel bereitzustellen, um allen Erwerbslosen zu den gegenwärtig gezahlten Unterstützungen rückwirkend ab 1. Dezember 1922 einen Zuschlag von 200 Proz. gewähren zu können;
- 2. bei der Reichsregierung die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung auf das Existenzminimum nachdrücklich zu vertreten.

Der Landtag wolle beschließen: die Regierung zu beauftragen,

- 1. zur Milderung der unerträglichen Notlage der Sozialrentner und der rentenlosen Unterstützungsbedürftigen sofort 500 Mill. M. bereitzustellen, die unter Mitwirkung der Invalidenvereinigungen zur Verteilung gebracht werden;
- 2. sofort durchgreifende Maßnahmen zu treffen, um die Unterstützungen für die Rentenlosen der Teuerung entsprechend zu erhöhen;
- 3. bei der Reichsregierung zu beantragen, die Unterstützungssätze der Sozialrentner der Teuerung entsprechend zu erhöhen.

Nr. 36-40. Anträge des Abg. Berg (Rom.) u. Gen.

Der Landtag wolle beschließen: die Regierung zu beauftragen,

- 1. sofort Mittel bereitzustellen, um den Erziehungsbedürftigen (Ältern oder Pflegern) der zu Eltern zur Entlassung kommenden Schüler und Schülerinnen eine Beihilfe in Höhe der Kosten für die Ausstattung der Schulentlassenen mit Kleidern und Wäsche gewähren zu können. An Stelle der Beihilfe kann die kostenlose Lieferung der Kleidungs- und Wäschestücke treten. Die Beihilfe ist allen den Erziehungsberechtigten zu gewähren, deren Einkommen das Existenzminimum nicht erreicht.

Der Landtag wolle beschließen: die Regierung zu beauftragen,

- 1. eine Verfügung des Inhaltes zu erlassen, daß die Einsetzung der Technischen Nothilfe in Sachen verboten ist;
- 2. bei der Reichsregierung zu beantragen, die Technische Nothilfe sofort aufzulösen.

Der Landtag wolle beschließen: die Regierung zu beauftragen,

die nachgeordneten Behörden anzuweisen, daß sie den im Kampf gegen die Teuerung gebildeten Kontrollausschüssen der Arbeiterschaft jede gewünschte Unterstützung zuteil werden lassen.

Der Landtag wolle beschließen: die Regierung zu beauftragen,

- 1. sofort jede monarchistische Propaganda in Wort, Schrift und Bild zu verbieten und streng zu bestrafen;
- 2. alle monarchistischen Militärvereine und konterrevolutionären Organisationen unter Mitwirkung der von den Arbeitern gebildeten Kontrollausschüsse zu entwaffnen und aufzulösen;
- 3. alle Beamten aus Justiz und Verwaltung, sowie die Offiziere aus der Landespolizei zu entfernen, die nicht vorbehaltlos die republikanische Regierung unterstützen.

Nr. 41-43. Anfragen des Abg. Berg (Rom.) u. Gen.

Nach Pressemeldungen sind die Brotpreise in industriellen Gegenden bedeutend höher als in ländlichen Gebieten.

Was gedenkt die Regierung zu tun, um diese Benachteiligung der Arbeiter in den Industriegebieten zu verhindern?

Die Vorgänge bei den Hungerunruhen in Dresden am 18. November und den folgenden Tagen haben erwiesen, daß die Polizei in ihrer jetzt bestehenden Organisation nicht in der Lage ist, in schwierigen Situationen die Ruhe aufrechtzuerhalten.

Vielmehr zeigte sich, daß die Polizei mit ihrem Auftreten provokatorisch wirkte und die Unruhen vergrößerte. Insbesondere wurde die Erregung der über die Auswucherung empörten Menge aufs höchste gesteigert, als berittene Polizei mit blanker Waffe gegen die Hungerdemonstranten vorging.

Was gedenkt die Regierung zu tun, um eine Umorganisation der Polizei vorzunehmen, damit sich derartige Vorfälle nicht wiederholen können? In welcher Weise gedenkt sie die Polizei mit Arbeitern zu beschaffen, damit das provokatorische Vorgehen, wie es bei der Polizei in Dresden geradezu zur Gewohnheit geworden ist, ein für allemal unmöglich wird?

Ist der Regierung bekannt, daß die berüchtigten national-sozialistischen Bandenführer Hitler, Esser und Konforten ihren Wirkungsbereich auch nach Sachsen ausdehnen?

Welche Maßnahmen hat die Regierung getroffen, um das verbrecherische Treiben dieser Gesellen unmöglich zu machen?

Was gedenkt sie insbesondere zu tun, um die Versammlungen und das Eigentum der Arbeiterorganisationen (Gewerkschafts-, Genossenschaftshäuser, Druckereien) zu schützen?

Ist die Regierung bereit, gemäß Antrag Nr. 39 die freie gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft zum Kampf gegen die immer frecher auftretende Reaktion zu bewaffnen?

Nr. 1.

Vorlage

die vom Gesamtministerium in der Zeit zwischen der Auflösung des vorigen und dem Zusammentritt des neuen Landtags erlassenen Rechtsverordnungen betr.

Nr. 47.

Anfrage des Abg. Berg (Rom.) u. Gen.: In der Besprechung der Reichsregierung mit den Ministerpräsidenten der Länder, die am 5. und 6. Dezember in Berlin stattfand, wurde nach Pressemeldungen volles Einvernehmen darüber erzielt, daß die Rote der Reichsregierung vom 13. November an die Reparationskommission die Grundlage für die von der Regierung in der nächsten Zeit zu verfolgenden Politik bilden solle, und daß nichts unterlassen werden dürfe, um positive Ergebnisse zu erzielen. Hat der Ministerpräsident von Sachsen sich ebenfalls mit den politischen Richtlinien des Reichskabinetts einverstanden erklärt?

Wenn ja, ist das Gesamtministerium mit der Haltung des Ministerpräsidenten auf der Konferenz der Ministerpräsidenten und der Reichsregierung einverstanden?

Nr. 48/49.

Anträge des Abg. Arzt (Soz.) u. Gen.:

Der Landtag wolle beschließen: die Regierung zu ersuchen, beim Reichsverkehrsministerium auf die Errichtung einer Haltestelle für den Arbeiterverkehr in Schönau an der Eisenbahnlinie Chemnitz-Jvidau hinzuwirken.

Der Landtag wolle beschließen: die Regierung zu ersuchen, daß sie zur Durchführung der nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten nötigen Reformen ein Nachtragsgesetz zum Wassergesetz dem Landtag vorlegt, sobald ihr der wesentliche Inhalt und Umfang der Reichswasserstraßenordnung bekannt ist.

Nr. 50.

Antrag des Abg. Dr. Seyfert (Dem.) u. Gen.:

Der Landtag wolle beschließen: die Regierung zu ersuchen, daß sie die in einzelnen Gesetzen verstreuten zusammengehörigen Bestimmungen über den Auf- und Ausbau der Schule soweit nötig ergänze, dann zusammenfasse und damit das gesamte sächsische Schulwesen zu einem zweckmäßig gegliederten und doch einheitlichen Organismus ausgestalte.

Nr. 51.

Anfrage des Abg. Arzt (Soz.) u. Gen.:

Durch die fortgesetzte Steigerung der Preise aller Betriebsmittel sind die Straßenbahnen der Gemeinden in eine schwere Notlage geraten. Viele Straßenbahnen haben ihren Betrieb einschränken müssen, andere sind in ihrer Existenz bedroht. Diese Einschränkung des Verkehrs bedeutet für das sächsische Volk eine schwere Erschütterung und Gefährdung des gesamten Wirtschaftslebens.

In gleicher Weise sind die gemeinnützigen sozialen Anstalten, Krankenhäuser, Entbindungsanstalten, Säuglingsheime usw. durch die hohen Kohlenpreise in ihrer Existenz gefährdet. Die Gemeinden sind mit Rücksicht auf die beschränkten Mittel, die ihnen zur Verfügung stehen, nicht in der Lage, diesen Notstand zu beheben.

Was gedenkt die Regierung zu tun, um der Verschlechterung des öffentlichen Verkehrswezens und der Gefährdung der gemeinnützigen sozialen Institute entgegenzuwirken?

Nr. 52.

Anfrage des Abg. Hiemann (Dtsch. Sp.) u. Gen.:

Die Verordnung vom 19. September 1922 über die Anbringung von Grabinschriften auf kirchlichen Gottesädem greift in einer für das kirchliche Empfinden unerträglichen Weise in die kirchliche Friedhofsverwaltung ein und gefährdet den christlichen Charakter der kirchlichen Gottesädem. Ebenso hebt die frühere Verordnung vom 21. Juli 1921 über das Verhalten bei Leichenbegleitungen, die auch durch die ergänzende Verordnung vom 30. Juni 1922 nur ungenügend eingeschränkt ist, den Schutz auf, der bisher die Würde des Ortes und den Frieden auf den kirchlichen Gottesädem sicherte. Diese Verordnungen widersprechen der Bestimmung des Art. 137 Abs. 3 der Reichsverfassung, nach der jede Religionsgesellschaft ihre Angelegenheiten selbständig zu ordnen und zu verwalten hat. Ist die Regierung bereit, diese Verordnungen aufzuheben?